



www.laender-analysen.de/ukraine

**ZEHN JAHRE UKRAINE-ANALYSEN
MEDIEN
SAAKASCHWILI**

■ EDITORIAL		
	Zehn Jahre Ukraine-Analysen	2
<hr/>		
■ ANALYSE		
	Rückblick auf die Entwicklung der Medien in der Ukraine – zwei Jahre nach dem Euromaidan Von Marta Dyczok, London (Kanada)	2
■ STATISTIK		
	Die Ukraine und Russland in den Freedom House-Rankings zur Pressefreiheit	6
■ UMFRAGE		
	Vertrauen in die ukrainischen und die russischen Medien	7
	Die Wirksamkeit russischer Propaganda in der Ukraine	10
■ DOKUMENTATION		
	Stellungnahme des OSZE Büros für Medienfreiheit zum Entwurf eines Informationssicherheits-Konzepts der Ukraine (Auszüge)	13
	Die Internationale Journalisten-Föderation zur Festnahme von Maria Warfolomejewa	14
<hr/>		
■ ANALYSE		
	Micheil Saakaschwili – »Reformator« oder »Scharlatan«? Von Oleg Friesen, München	15
■ UMFRAGE		
	Die Popularitätswerte von Micheil Saakaschwili bei der ukrainischen Bevölkerung	19
<hr/>		
■ CHRONIK		
	25. Januar – 7. Februar 2016	21



Zehn Jahre Ukraine-Analysen

Liebe Leserinnen und Leser,

die Ukraine-Analysen feiern ihren zehnten Geburtstag! Am 14. Februar 2006 erschien die erste Ausgabe, damals zu den Folgen der Orangen Revolution. Das Editorial, das diese Ausgabe eröffnete, ist nach wie vor aktuell: »[d]ie Ukraine steht derzeit politisch und wirtschaftlich an einem Wendepunkt«.

So befindet sich die Ukraine auch im Jahr 2016 im gesellschaftlichen Umbruch. Der Euromaidan, die Krim-Annektion und der andauernde Konflikt im Donbass haben die Ukrainer gravierend geprägt und das Land wesentlich verändert. Niemand konnte alle diese Ereignisse vorhersehen. So schnell und unerwartet sind sie passiert. Die Ukraine-Analysen haben aber diese und andere Ereignisse für Sie systematisch und regelmäßig dokumentiert und analysiert.

Wir wollen komplexe Zusammenhänge und Herausforderungen allgemein verständlich und kompetent für Sie darstellen. Dabei bemühen wir uns unserem Ideal der neutralen Darstellung verschiedener Perspektiven treu zu bleiben. Wir glauben an die Vermittlung wissenschaftlicher Expertise in die breite Öffentlichkeit. Aus diesem Grund wurden die Ukraine-Analysen immer und werden auch weiter unentgeltlich allen Interessierten angeboten.

Mit über 3.000 Abonnenten, jährlich 150.000 Downloads von laender-analysen.de und der zusätzlichen Aufnahme in das Online-Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung haben die Ukraine-Analysen eine Reichweite erlangt, von der wir hoffen, dass sie auch zu einer Versachlichung der sehr kontrovers geführten Debatten zur Ukraine beiträgt.

Wir bedanken uns bei allen, die für uns in diesen zehn Jahren geschrieben haben – über 200 Autoren, die insgesamt über 350 Beiträge für uns verfasst haben.

Genauso bedanken wir uns bei Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, für Ihr Interesse an den Ukraine-Analysen!

Wir freuen uns immer über Ihre Anregungen, Kritik oder auch positive Rückmeldungen!

Bleiben Sie uns auch in den kommenden Jahren gewogen.

Katerina Bosko (geb. Malygina)

Chefredakteurin der Ukraine-Analysen

Rückblick auf die Entwicklung der Medien in der Ukraine – zwei Jahre nach dem Euromaidan

Von Marta Dyczok, London (Kanada)

Zusammenfassung:

Revolution, Annexion, Krieg und Wirtschaftskrise schaffen für die Medien ein schwieriges Arbeitsumfeld. Dies ist jedoch die Realität, in der Journalisten in der Ukraine seit zwei Jahren arbeiten. Es ist unnötig zu erwähnen, dass diese schwierigen Bedingungen unterschiedliche Auswirkungen auf die nationale Medienlandschaft haben. Die wichtigsten Veränderungen, die es zu erwähnen gilt, sind das fast völlige Verschwinden der Zensur und das kontinuierliche Aufstreben neuer Projekte. Nichtsdestotrotz hat sich die Struktur der Medienlandschaft nur wenig verändert.

Einleitung

Zwei Jahre nach den Protesten auf dem Euromaidan in der Ukraine mag man sich fragen, was sich in der Medi-

enlandschaft des Landes verändert hat. Es gab sowohl Wandel als auch Kontinuität, ist eine mögliche Antwort auf diese Frage.

Mit dem Regimewechsel nach der Flucht des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch im Februar 2014 endete der staatliche Druck auf die Medien weitestgehend. In der Folge entstanden neue erfolgreiche Medienunternehmen wie das Öffentliche Radio der Ukraine (Hromadske Radio) oder Hromadske.tv. Außerdem wurden erste Schritte unternommen, um die verbliebenen staatlichen Medien in öffentliche Rundfunkunternehmen umzuwandeln.

Allerdings befand sich das Land in einem von Russland gegen die Ukraine geführten hybriden Krieg. Dieser hybride Krieg schloss einen wirkmächtigen Krieg mit ein, der von vielen als »Informationskrieg« bezeichnet wurde und in dem Informationen als Waffe genutzt wurden, um ein verzerrtes Bild der realen Geschehnisse zu zeichnen. Medien und Journalisten waren der Mittelpunkt dieses »Informationskrieges«.

Die Medienlandschaft der Ukraine

Was sich nicht verändert hat, ist die Gesamtstruktur des Mediensystems. Die großen privatwirtschaftlichen Mediengesellschaften machen noch immer 80 % der ukrainischen Medienlandschaft aus. Auch die Eigentümer sind dieselben geblieben, wie vor dem Regimewechsel: es die wohlhabendsten und mächtigsten Männer der Ukraine, oft als Oligarchen bezeichnet. Rinat Achmetow, der aus Donezk stammt und der wohlhabendste Mann in der Ukraine ist, ist weitestgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden, seit die Situation im Donbass sich verschärft hat. Die Frage, welche Rolle er in dem Konflikt spielt, ist Gegenstand einer öffentlichen Diskussion. Trotzdem blieb er Eigentümer der Media Group Ukraine. Gegen die Verbündeten des flüchtigen früheren Präsidenten Janukowitsch, Dmytro Firtasch und Serhij Ljowotschkin, wird zur Zeit wegen des Vorwurfs der Korruption ermittelt. Obwohl neben den ukrainischen Behörden auch internationale Gerichte ermitteln, sind die beiden Männer Berichten zufolge noch immer Inhaber von INTER, der größten Mediengesellschaft der Ukraine. Und Petro Poroschenko, der im Mai 2015 Präsident wurde, lehnt es ab, seine Eigentumsrechte am Kanal 5 abzugeben.

Als die Demonstranten des Euromaidan es geschafft hatten, den unbeliebten, korrupten Präsidenten zu stürzen, schien es zunächst so, als hätten die Medien in der Ukraine neue Energie geschöpft. Der investigative Journalismus erfuhr einen kurzen Aufschwung, als alle großen Medienunternehmen begannen, Fragen über die Ereignisse während der Demonstrationen zu stellen – insbesondere, als gegen Ende der Proteste mehr als 100 Demonstranten getötet wurden. »Wer hat geschossen? Wer gab die Befehle? Wer untersucht die Vorkommnisse?«, waren in der Öffentlichkeit häufig gestellte Fragen.

Als Russlands heimliche Invasion der Krim und die gewalttätigen Auseinandersetzungen in den Gebieten Donezk und Luhansk begannen, kam es auf den nationalen TV-Kanälen (und zwar sowohl auf den privaten als auch auf den staatlichen) zu einer seltenen Demonstration von Einheit. Sie alle zeigten auf dem Bildschirm das gleiche Logo: Die Ukraine ist vereint (*Jedyna Kraina*) – in ukrainischer und in russischer Sprache.

Die Übergangsregierung von Präsident Oleksandr Turtschynow und Premierminister Arsenij Jazenjuk (Februar bis Mai 2014) ernannte den geachteten unabhängigen Journalisten Zurab Alasanija zum neuen Direktor der staatlichen TV- und Radiogesellschaft. Außerdem gaben sie bekannt, dass die noch aus der Sowjetzeit stammende Unternehmensstruktur in die einer öffentlichen Rundfunkanstalt umgewandelt werden solle (s. Ukraine-Analysen 96). Dieser Schritt wurde begrüßt, und die Umsetzung begann mit viel Enthusiasmus. Die erste maßgebliche Veränderung war die Aufhebung der Nachrichtenzensur, die es noch unter der Vorgängerregierung gegeben hatte. Zeitgleich mit Veränderungen im Management und in der Verwaltungsstruktur des Unternehmens wurde auch ein neues Programm vorgestellt.

Anti-Propaganda Graswurzelbewegung

Die Übergangsregierung kämpfte indes erfolglos gegen eine landesweite Desinformationskampagne, in der es hieß, eine unrechtmäßige Rechtsaußen-Regierung wäre in Kiew durch einen faschistischen Putsch an die Macht gekommen. Die Zivilgesellschaft schritt helfend ein. Eine Gruppe von PR-Spezialisten schuf das Ukraine Crisis Media Center (UCMC), welches zunächst als zeitlich begrenztes Forum geplant war, auf dem Regierungsvertreter sich zum Informationsaustausch mit Journalisten treffen konnten. Eine andere Gruppe aus Journalisten und Wissenschaftlern rief ein StopFake genanntes Projekt ins Leben, in dessen Rahmen sie gefälschte Nachrichten, die aus dem Kreml über die Ukraine gemeldet wurden, herausfilterten und richtigstellten. Obwohl der Informationsdienst der Regierung nach der Wahl Petro Poroschenkos zum Präsidenten am 25. Mai 2015 langsam auch begann, effektiver zu arbeiten, blieben die Graswurzelbewegungen bestehen und spielen weiterhin eine wichtige Rolle.

Ein leuchtendes Beispiel nach den Ereignissen auf dem Euromaidan ist das Öffentliche Radio der Ukraine (Hromadske Radio). Im Sommer 2013 mit Hilfe privater Finanzierung durch eine Handvoll Journalisten gestartet, bietet diese Initiative eine Alternative zu privatwirtschaftlichen Medienholdings und staatlichen Medien. Die Journalisten setzten private finanzielle Mittel ein und begannen mit Online-Übertragungen. Mit

der Flucht Janukowytschs und den damit einsetzenden Veränderungen im staatlichen Rundfunksystem wurde dem Hromadske Radio ein zweistündiges Zeitfenster während der Hauptsendezeit auf den staatlichen Rundfunkfrequenzen eingeräumt. Fortan war es der Initiative möglich, ein breiteres Publikum zu erreichen.

Als der Konflikt im Frühjahr 2014 seinen Höhepunkt erreichte, recherchierten die Reporter des Hromadske Radio an der Front und berichteten über die dortigen Ereignisse. Der Reporter Andrij Kulykov reiste am 5. März 2014 nach Perewalne auf die Krim. Dort entstand eine Sendung mit dem Titel »Unbekannter Soldat bekommt auf der Krim eine neue Bedeutung«. Zwei Wochen später berichtete er aus Donezk, wie maskierte Männer mit Maschinenpistolen dem Fernsehsender Donbas TV einen Besuch abstatteten und wie er später auf einer Kundgebung beobachtete, wie die Menschenmenge »Rossija!« skandierte.

Bis heute wurde die Sendezeit von Hromadske Radio auf acht Stunden täglich ausgebaut. Es gibt eine Sendung, die sich mit dem Titel »Kiew–Donbass« speziell an die Einwohner der Ostukraine auf beiden Seiten der Front wendet. Die Sendung legt großen Wert auf Objektivität und lässt alle Stimmen zu Wort kommen.

Eine bis heute bestehende Schwierigkeit ist allerdings die Gewährleistung einer sicheren Finanzierung. Dies ist ein Problem, mit dem öffentliche Rundfunkanstalten in vielen Ländern kämpfen. Eine weitere Herausforderung ist die komplexe Verbindung zur staatlichen Radiogesellschaft, die in eine öffentliche Rundfunkanstalt umgewandelt wird. Das Ziel von Hromadske Radio ist, eine der nationalen Radiofrequenzen zugesprochen zu bekommen, sobald diese öffentlich ausgeschrieben werden. Wie so viele Dinge in der Ukraine ist auch dies ein laufender Prozess.

Staatliche Medienpolitik

Umstrittene Maßnahmen der Regierung nach dem Amtsantritt Poroschenkos waren erstens das Verbot russischer Fernseh- und Radioübertragungen in die Ukraine und zweitens die Gründung eines Ministeriums für Informationspolitik.

Die Entscheidung, russische Medien in der Ukraine vom Netz zu nehmen fiel im Sommer 2014. Zu diesem Zeitpunkt war im von Russland kontrollierten Teil der Krim und in den Teilen der Gebiete Donezk und Luhansk, in denen die »Volksrepubliken Donezk und Luhansk« ausgerufen worden waren, ukrainisches Fernsehen vom Netz genommen worden. Der Beschluss, vom Nationalen Rat für Fernseh- und Radioübertragungen – der staatlichen Regulierungsbehörde im Rundfunkbereich – gefällt, war heiß umstritten und wurde von vielen Journalisten bekämpft. Die Regulierungsbehörde begründete ihren Schritt damit, dass die Ukraine um

die laufende Desinformationskampagne zu bekämpfen, russische Sender blockieren müsse. Dies war jedoch nur zum Teil erfolgreich, da Fernsehen auch über Internet empfangbar ist. Die Menschen, die weiterhin russische Medien nutzen wollten, konnten dies also einfach online oder über Satelliten-TV tun.

Im März 2015 wurde außerdem ein Gesetz verabschiedet, das in Russland produzierte Unterhaltungsprogramme, die die russische oder sowjetische Armee verherrlichen sowie nach 2014 produzierte russische Filme verbietet. Dieses Verbot ist wirksam, Verstöße sind selten.

Ähnlich umstritten war die Entscheidung von Präsident Poroschenko, im Dezember 2014 ein Ministerium für Informationspolitik zu gründen. Die offizielle Begründung für diesen Schritt war, dass der Staat aufgrund des Krieges gezwungen ist, seine Informationsstrategie genau abzustimmen. Das neue Ministerium hatte zwei Aufgaben: Es sollte einerseits gewährleisten, dass die ukrainische Gesellschaft und mit ihr die ganze Welt korrekte Informationen erhielt, und andererseits sollte es Falschinformationen bekämpfen und richtigstellen. Das Ministerium unternahm eine Reihe von Schritten. Es wurde ein Papier zu einem ukrainischen Informationssicherheits-Konzept erarbeitet, zu dem es hieß: »Das Hauptziel des Informationssicherheitssystems ist es, eine Entwicklung zu unterstützen, die negative Einflüsse durch Einmischung Dritter verhindert« (s. Dokumentation auf S. 13). Im ukrainischen Militär wurde ein System eines eingebetteten Journalismus implementiert. Es wurden Schritte zur Erneuerung des Rundfunks in Teilen des Donbass unternommen. Außerdem wurde der Aufbau einer ausländischen Rundfunkanstalt angekündigt, die in fremder Sprache Nachrichten über die Ukraine international zugänglich machen sollte. Diese Nachrichtenplattform wurde im Oktober 2015 gestartet. Dabei war nicht klar, ob die notwendigen finanziellen Mittel für diese Unternehmung dauerhaft bereitgestellt würden oder wie sie sich überhaupt von dem privaten englischsprachigen TV-Kanal *Ukraine Today* unterscheiden würde, der am 14. August 2014 von Ihor Kolomojskyj und seiner Firma 1+1 TV gegründet worden war. So war das neue Ministerium breiter Kritik sowohl von Journalisten und als auch aus der Gesellschaft ausgesetzt und der Minister Jurij Stets ersuchte nach einem Jahr um seinen Rücktritt. Diesem Ersuchen muss noch vom Parlament stattgegeben werden.

Gewalt gegen Journalisten und Konflikt-Berichterstattung

Ein anderer Bereich, in dem sich große Veränderungen ergaben, ist das professionelle Umfeld von Journalisten.

Gewalt und Krieg veränderten das Leben aller Ukrainer, jenes von Journalisten jedoch in besonderer Weise. Themen wie journalistische Standards, Ethik, Zensur, Selbstzensur und Propaganda traten hinter Konferenzen und Diskussionen am runden Tisch zurück. Sie wurden mit Anliegen nationaler Sicherheit und, in vielen Fällen, persönlicher Sicherheit verknüpft. Der Ausdruck »Informationskrieg« wurde so gebräuchlich, weil der Kampf um korrekte Information zu einem Schlüsselmoment im größeren Konflikt wurde.

Schwer bewaffnete maskierte Männer, die Gewalttaten begingen, wollten nicht, dass die Welt davon erfuhr. So nahmen sie Journalisten ins Visier, entführten, folterten und töteten diese sogar. 2014 wurde das tödlichste Jahr für Journalisten in der neueren Geschichte der Ukraine. Sieben wurden getötet, 25 gefangengenommen, 79 entführt oder festgehalten, 286 überfallen. Zur Zeit der Entstehung dieses Textes, im Januar 2016, steht die Journalistin Maria Warfolomejewa bereits seit einem Jahr unter willkürlichem Arrest der selbsternannten »Volksrepublik Luhansk« (s. Dokumentation auf S. 14).

Die Mehrzahl solcher Zwischenfälle ereignete sich in Kiew (zum Ende der Proteste auf dem Euromaidan), auf der Krim und in den östlichen, vom Krieg betroffenen, Gebieten. Im vergangenen Jahr wurde die Ukraine als eines der drei gefährlichsten Länder der Welt für Journalisten eingestuft.

Es ist unnötig zu erwähnen, dass die meisten Journalisten auf das, was sie erlebten, nicht vorbereitet waren. Es gab keine Tradition des Kriegsjournalismus in der Ukraine, erst recht nicht eines Krieges, der auf dem eigenen Territorium ausgefochten wurde. Einige mussten von Zuhause fliehen. Andere begaben sich in die Krisengebiete, ohne zuvor auf eine solche Aufgabe vorbereitet worden zu sein und auch ohne geeignetes Equipment wie Helme oder schusssichere Westen.

Über die Autorin:

Marta Dyczok ist Außerordentliche Professorin in den Fachbereichen Geschichte und Politikwissenschaften an der University of Western Ontario, Mitglied der Munk School of Global Affairs an der Universität von Toronto und nebenamtliche Professorin in der Mohyla Akademie an der Nationalen Universität in Kiew. Sie hat vier Bücher veröffentlicht, darunter *Ukraine Twenty Years After Independence: Assessments, Perspectives, Challenges* (Mitherausgeberin: Giovanna Brogi, 2015), *Media, Democracy and Freedom. The Post Communist Experience* (Mitherausgeberin: Oxana Gaman-Golutvina, 2009). Außerdem veröffentlichte sie Artikel in verschiedenen Journalen, unter anderem in *The Russian Journal of Communication* (2014) und *Demokratyzatsiya* (2014). Zusätzlich schreibt sie regelmäßig Medienkommentare. Sie promovierte an der University of Oxford und forscht über Massenmedien, Erinnerung, Migration und Geschichte.

Lesetipps:

Marta Dyczok, »Masked Men vs. Journalists in Ukraine«, Wall Street Journal, 29 April 2014, <<http://www.wsj.com/articles/SB10001424052702304393704579528101344061812>>

Die ukrainische Berichterstattung über die Ereignisse unterschied sich von der internationalen. Dafür gab es viele Gründe. In einigen Fällen war es schwierig (wenn nicht gar unmöglich), umfassende Informationen zu erhalten, weil der Zugang zum Kriegsgebiet von allen Seiten eingeschränkt war. Viele Journalisten auf der Krim oder in dem Gebiet des Donbass, das sich unter der Kontrolle der »DNR« und »LNR« befand, wurden bedroht. Einige wurden festgehalten, andere brachten sich in die von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete in Sicherheit. Zum Beispiel musste der Herausgeber der unabhängigen Online-Publikation *Ostrov*, Serhij Harmasch, der die Zensur in der Ära Kutschma und Janukowytsch überlebt hatte, nach einem Überfall auf seine Redaktion im März 2014 fliehen. Ukrainisches Fernsehen und Radio wurden genauso vom Netz genommen, wie auch die TV-Station ATR der Krimtataren. Sie sind jedoch weiterhin online empfangbar.

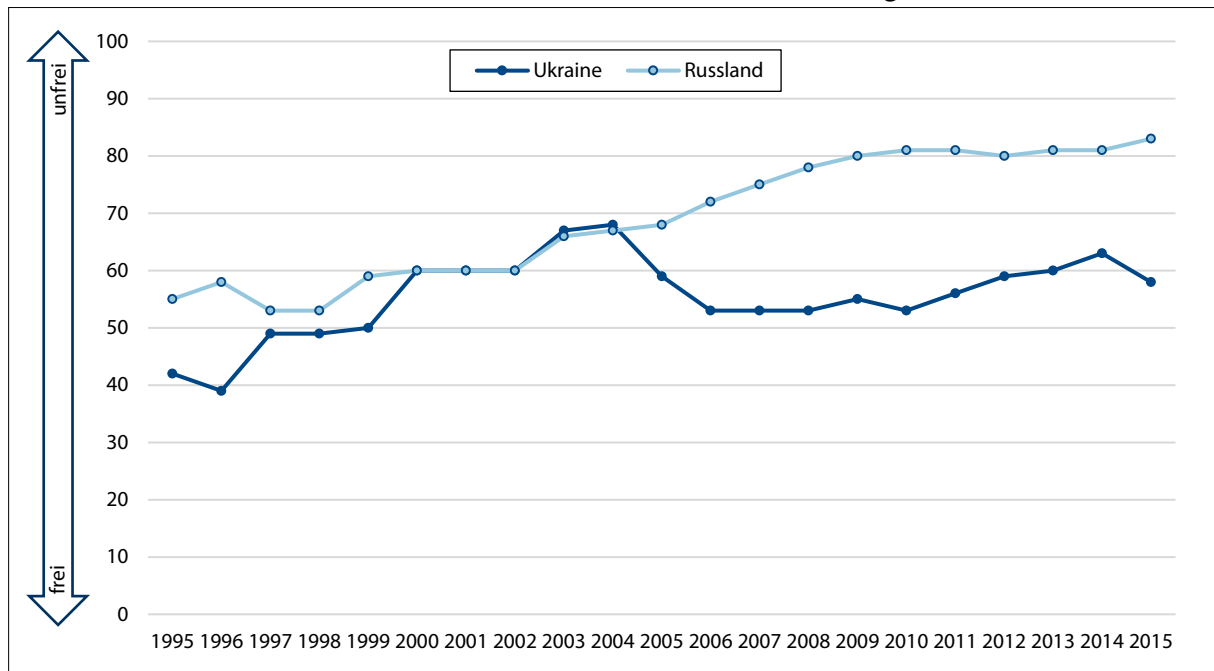
Schlussfolgerung

Ein etabliertes Mediensystem, welches größtenteils privatwirtschaftlich organisiert ist und bisher unter staatlicher Zensur stand, zu reformieren, ist keine einfache Aufgabe – besonders nicht unter Kriegsbedingungen. Die Ukrainer mussten sich der Herausforderung stellen, sich einem Informationskrieg entgegenzustemmen, während sie gleichzeitig versuchten, professionelle Standards aufrechtzuerhalten und objektiv über Regierungsangelegenheiten zu berichten. Der Staat hat zum Teil erfolgreich versucht, einen öffentlichen Rundfunk aufzubauen und zu diesem Zweck neue Gesetze erlassen.

Übersetzung aus dem Englischen: Alena Göbel

Die Ukraine und Russland in den Freedom House-Rankings zur Pressefreiheit

Grafik 1: Die Ukraine und Russland in den Freedom House-Rankings zur Pressefreiheit



Anmerkung: Die Länder werden auf einer Skala von 0 (frei) bis 100 (nicht frei) auf Grundlage von Fragen zum ungestörten Nachrichten- und Informationsfluss verortet. Länder mit Werten zwischen 0 und 30 gelten als Staaten mit »freien« Medien; Länder mit Werten von 31 bis 60 haben »teilweise freie« Medien und Länder von 61 bis 100 haben »nicht freie« Medien.

Quelle: Freedom House, Freedom of the Press, <<https://freedomhouse.org/report-types/freedom-press>>

Tabelle 1: Die Ukraine und Russland in den Freedom House-Rankings zur Pressefreiheit

	Ukraine		Russland	
1995	42	teilweise frei	55	teilweise frei
1996	39	teilweise frei	58	teilweise frei
1997	49	teilweise frei	53	teilweise frei
1998	49	teilweise frei	53	teilweise frei
1999	50	teilweise frei	59	teilweise frei
2000	60	teilweise frei	60	teilweise frei
2001	60	teilweise frei	60	teilweise frei
2002	60	teilweise frei	60	teilweise frei
2003	67	nicht frei	66	nicht frei
2004	68	nicht frei	67	nicht frei
2005	59	teilweise frei	68	nicht frei
2006	53	teilweise frei	72	nicht frei
2007	53	teilweise frei	75	nicht frei

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die Ukraine und Russland in den Freedom House-Rankings zur Pressefreiheit (Fortsetzung)

	Ukraine		Russland	
2008	53	teilweise frei	78	nicht frei
2009	55	teilweise frei	80	nicht frei
2010	53	teilweise frei	81	nicht frei
2011	56	teilweise frei	81	nicht frei
2012	59	teilweise frei	80	nicht frei
2013	60	teilweise frei	81	nicht frei
2014	63	nicht frei	81	nicht frei
2015	58	teilweise frei	83	nicht frei

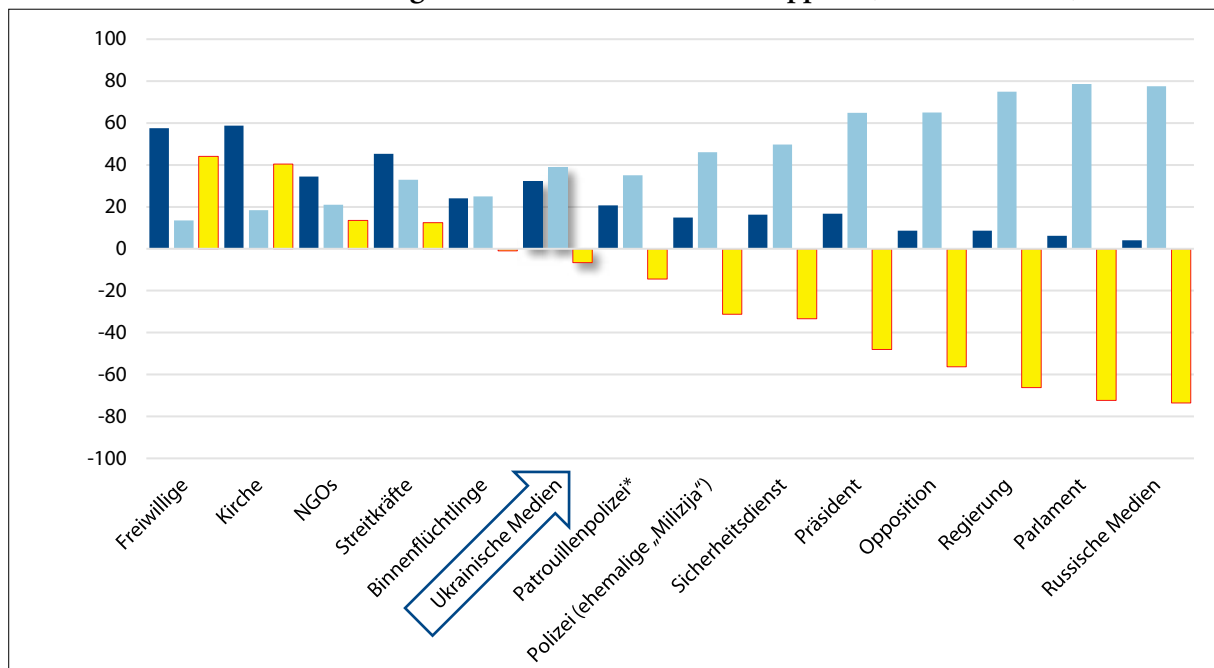
Anmerkung: Die Länder werden auf einer Skala von 0 (frei) bis 100 (nicht frei) auf Grundlage von Fragen zum ungestörten Nachrichten- und Informationsfluss verortet. Länder mit Werten zwischen 0 und 30 gelten als »freien« Medien; Länder mit Werten von 31 bis 60 haben »teilweise freie« Medien und Länder von 61 bis 100 haben »nicht freie« Medien.

Quelle: Freedom House, Freedom of the Press, <<https://freedomhouse.org/report-types/freedom-press>>

UMFRAGE

Vertrauen in die ukrainischen und die russischen Medien

Grafik 1: Vertrauen Sie den folgenden Institutionen und Gruppen? (Dezember 2015)



* Neue Polizei, die als Teil der Reformen 2015 geschaffen wurde.

Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2022) vom 4. bis 14. Dezember 2015, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=579&page=1>>

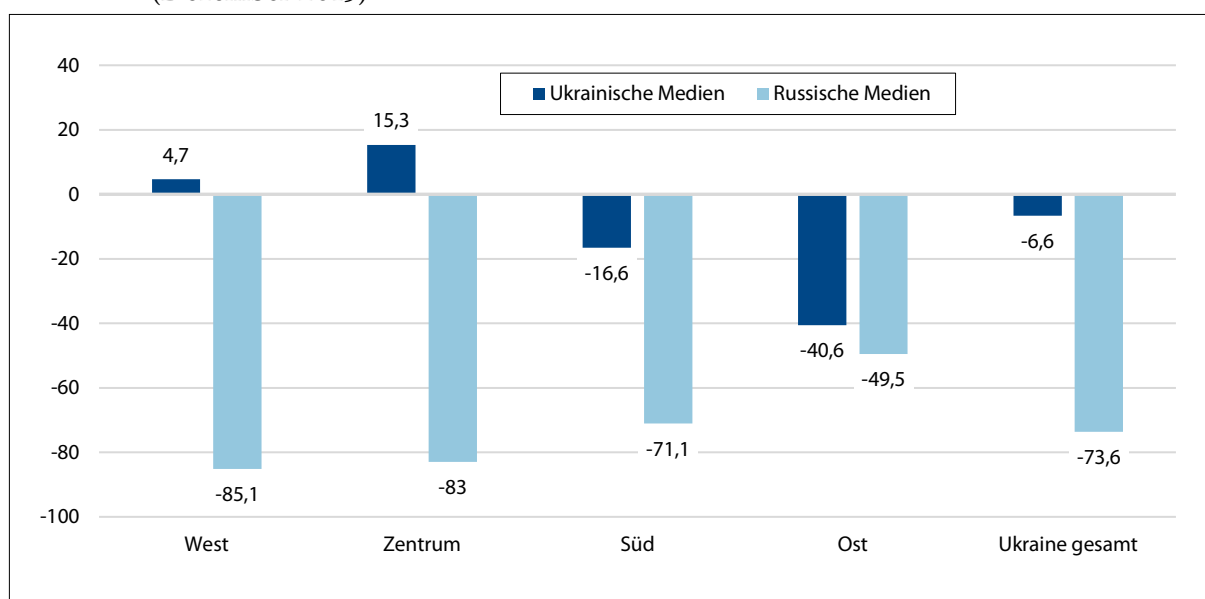
Tabelle 1: Vertrauen Sie den folgenden Institutionen und Gruppen? (Dezember 2015)

	Ja	Nein	Differenz
Freiwillige	57,6	13,5	44,1
Kirche	58,8	18,4	40,4
NGOs	34,5	21	13,5
Streitkräfte	45,3	32,9	12,4
Binnenflüchtlinge	24	25	-1
Ukrainische Medien	32,3	38,9	-6,6
Patrouillenpolizei*	20,7	35,1	-14,4
Polizei (ehemalige »Milizija«)	14,9	46,1	-31,2
Sicherheitsdienst	16,3	49,7	-33,4
Präsident	16,8	64,9	-48,1
Opposition	8,7	65	-56,3
Regierung	8,7	75	-66,3
Parlament	6,2	78,6	-72,4
Russische Medien	4	77,6	-73,6

* Neue Polizei, die als Teil der Reformen 2015 geschaffen wurde.

Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2022) vom 4. bis 14. Dezember 2015, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=579&page=1>>

Grafik 2: Vertrauensbalance* in die ukrainischen und russischen Medien nach Regionen, in % (Dezember 2015)

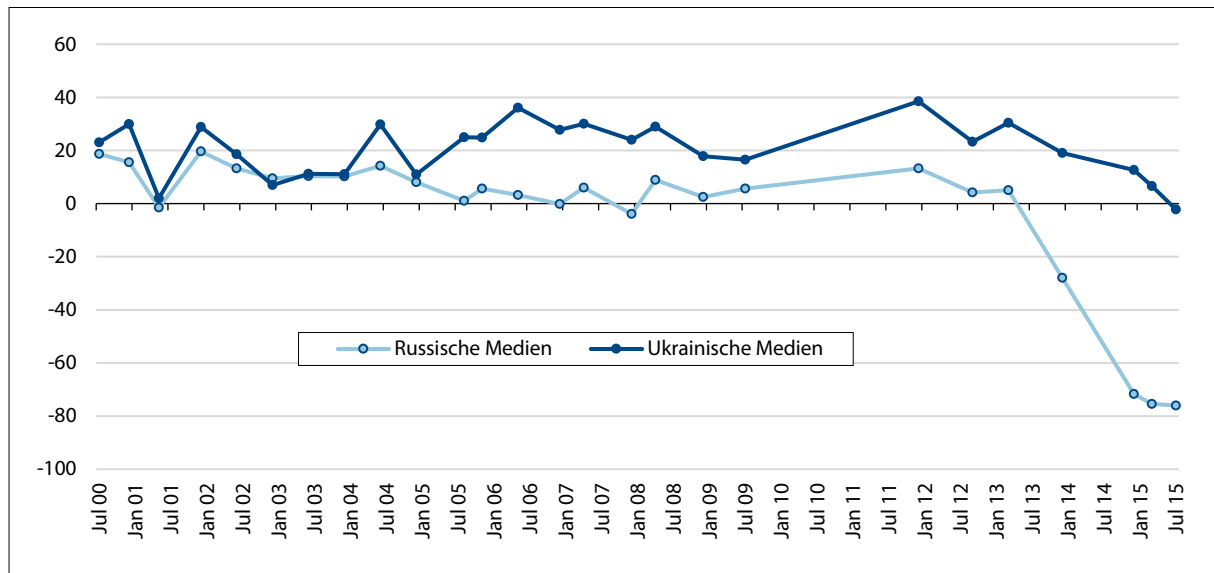


Angaben ohne die Krim, aber mit dem Donbass

* Differenz zwischen den Antworten »Vertraue [der Institution]« und »Vertraue [der Institution] nicht«

Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2022) vom 4. bis 14. Dezember 2015, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=579&page=1>>

Grafik 3: Vertrauensbalance* in die ukrainischen und russischen Medien in den Jahren 2000–2015, in %



*Differenz zwischen den Antworten »Vertraue [der Institution] völlig«/»Vertraue [der Institution] eher« und »Vertraue [der Institution] gar nicht«/»Vertraue [der Institution] eher nicht«

Anmerkung: seit 2014 Angaben ohne Krim und die von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass

Quelle: Repräsentative Umfragen des Razumkow-Zentrums, <<http://www.razumkov.org.ua/>>; Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Tabelle 2: Vertrauensbalance* in die ukrainischen und russischen Medien in den Jahren 2000–2015, in %

	Russische Medien	Ukrainische Medien
Juli 2000	18,7	23
Dez. 2000	15,5	29,9
Mai 2001	-1,5	2
Dez. 2001	19,6	28,8
Juni 2002	13,2	18,6
Dez. 2002	9,5	7
Juni 2003	10,3	11,2
Dez. 2003	10,2	11,1
Juni 2004	14,2	29,8
Dez. 2004	8	10,9
Aug. 2005	1	25
Nov. 2005	5,6	24,8
Mai 2006	3,2	36,1
Dez. 2006	-0,2	27,8
April 2007	6	30
Dez. 2007	-3,9	24

	Russische Medien	Ukrainische Medien
April 2008	8,9	28,9
Dez. 2008	2,5	17,8
Juli 2009	5,6	16,5
Dez. 2011	13,3	38,5
Sept. 2012	4,2	23,3
März 2013	5	30,4
Dez. 2013	-28	19
Dez. 2014	-71,7	12,6
März 2015	-75,5	6,6
Juli 2015	-76	-2,2

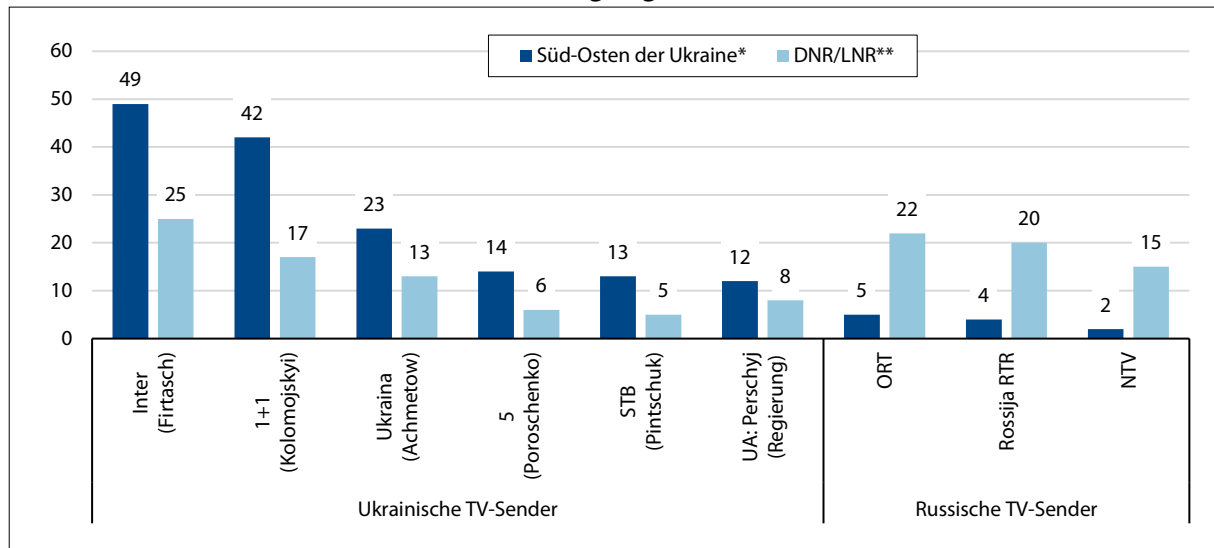
*Differenz zwischen den Antworten »Vertraue [der Institution] völlig«/»Vertraue [der Institution] eher« und »Vertraue [der Institution] gar nicht«/»Vertraue [der Institution] eher nicht«

Anmerkung: seit 2014 Angaben ohne Krim und die von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass

Quelle: Repräsentative Umfragen des Razumkow-Zentrums, <<http://www.razumkov.org.ua/>>; Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Die Wirksamkeit russischer Propaganda in der Ukraine

Grafik 1: Auf welchen TV-Sendern haben Sie die Nachrichten über den bewaffneten Konflikt im Donbass in den letzten zwei Tagen gesehen? (Februar 2015)

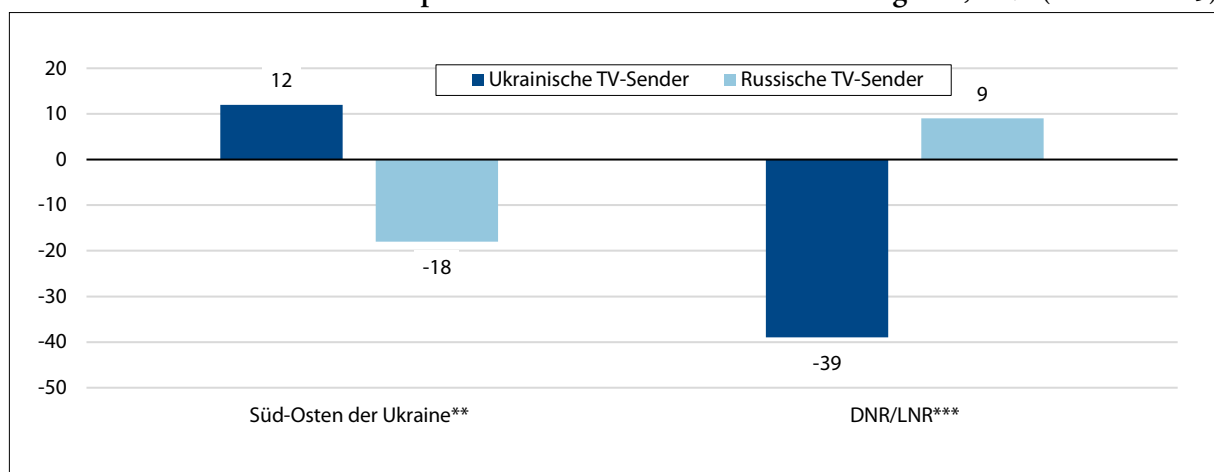


* Regionen Charkiw, Odessa, Cherson und von der ukrainischen Regierung kontrollierte Gebiete im Donbass;

** »Volksrepublik Donezk« / »Volksrepublik Luhansk«

Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=561) vom 26. bis 28. Februar 2015 (Counteraction to Russian Information Aggression: Joint Action to Protect Democracy. Analytical Report. – Kyiv: Telekritika, 2015; <<http://bit.ly/1VQweZI>>)

Grafik 2: Einschätzung der Objektivität* der russischen und ukrainischen TV-Sender in der Ukraine und in den »Volksrepubliken Donezk und Luhansk« im Vergleich, in % (Februar 2015)



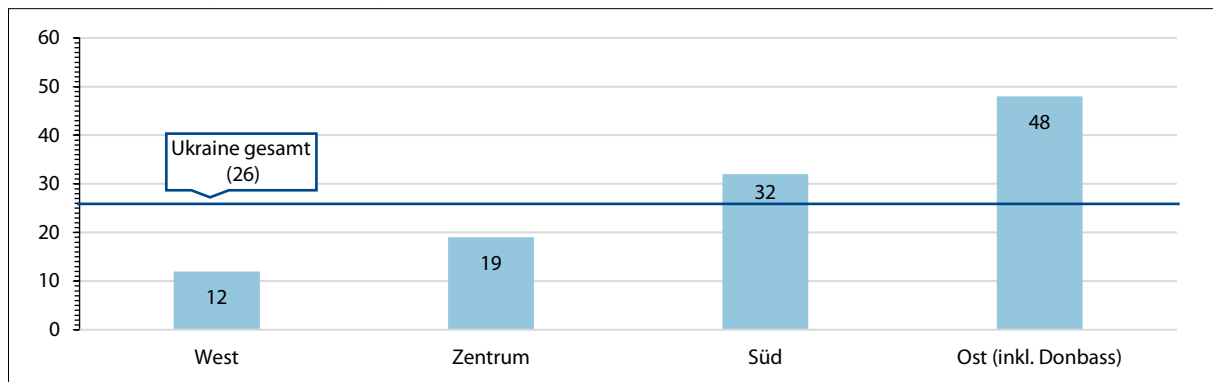
* Differenz zwischen den Antworten »objektiv«/»eher objektiv« und »gar nicht objektiv«/»eher nicht objektiv«; ** Regionen Charkiw, Odessa, Cherson und von der ukrainischen Regierung kontrollierte Gebiete im Donbass; *** »Volksrepublik Donezk« / »Volksrepublik Luhansk«

Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=561) vom 26. bis 28. Februar 2015 (Counteraction to Russian Information Aggression: Joint Action to Protect Democracy. Analytical Report. – Kyiv: Telekritika, 2015; <<http://bit.ly/1VQweZI>>)

Index der Wirksamkeit russischer Propaganda in der Ukraine

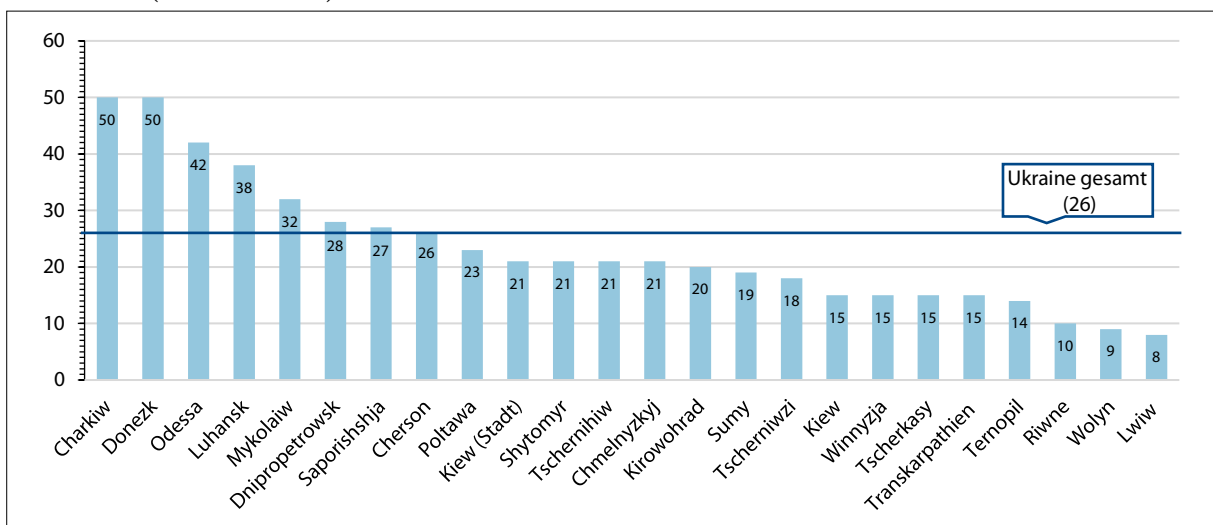
Im Februar 2015 hat das Kiewer Internationale Institut für Soziologie (KMIS) einen Index der Wirksamkeit russischer Propaganda in der Ukraine gebildet. Darunter wird die Unterstützung der wichtigsten Thesen der russischen Propaganda durch die ukrainische Bevölkerung verstanden. Deren Kern bildet die folgende logische Kette: Der Euromaidan wurde von den Amerikanern zusammen mit den Nationalisten organisiert → infolge des Euromaidan kamen die Nationalisten an die Macht, die die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine bedrohen → Die Krim und der Osten der Ukraine sind in Gefahr geraten → Die Krim konnte durch den Anschluss an Russland gerettet werden, während der Osten der Ukraine rebellierte und Unabhängigkeit und Sicherheitsgarantien verlangt → Die Nationalisten, die illegal an die Macht kamen, haben einen Bürgerkrieg begonnen. Auf Basis dieser Hauptthesen wurden die Beurteilungen über den Euromaidan, die Rolle der USA, die Unterstützung der Krim-Annexion, die Verurteilung der Anti-Terror-Operation, das Vertrauen in die russischen Medien, das Misstrauen in die ukrainischen Medien formuliert. Der Index-Mittelwert für die gesamte Ukraine ist 26. Im Folgenden sind die Index-Werte nach Regionen, Nationalität-Zugehörigkeitsgefühl und nach finanzieller Situation der Familie angegeben. Solche Faktoren wie Alter, Geschlecht und Bildungsgrad haben keinen signifikanten Einfluss auf die Wirksamkeit der russischen Propaganda.

Grafik 3: Index der Wirksamkeit der russischen Propaganda in der Ukraine nach Makroregionen (Februar 2015)



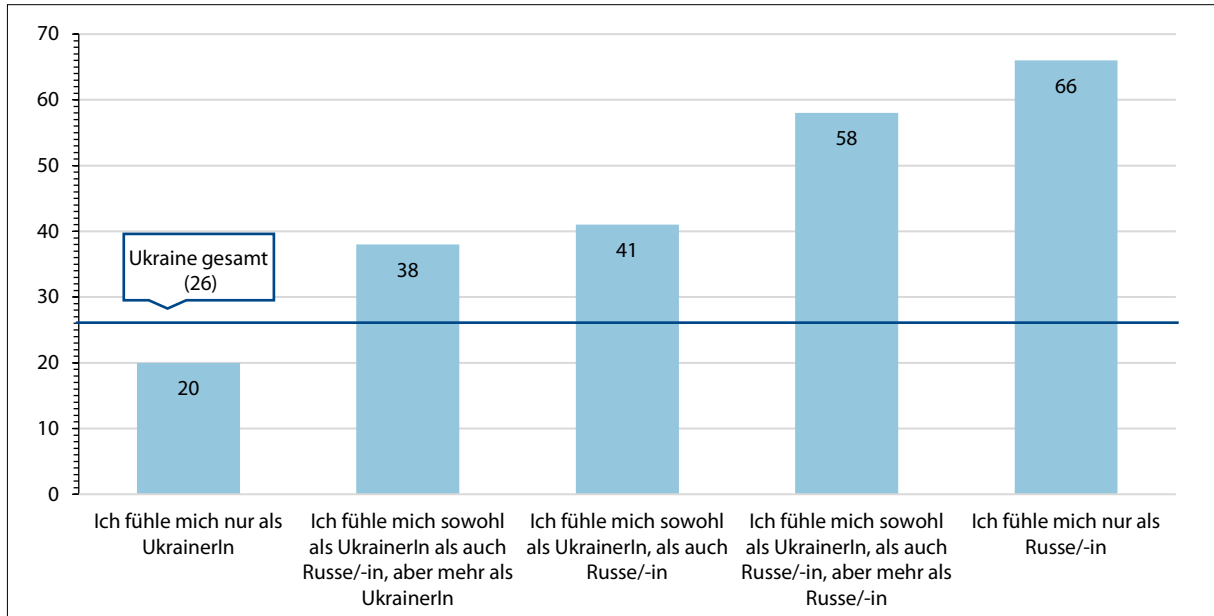
Anmerkung: Im Donbass wurde die Umfrage sowohl in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten als auch in den nicht kontrollierten Gebieten durchgeführt. Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2013, in allen Regionen außer Krim) vom 14. bis 24. Februar 2015, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=510&page=6>>

Grafik 4: Index der Wirksamkeit der russischen Propaganda in der Ukraine nach Regionen (Februar 2015)



Anmerkung: Im Donbass wurde die Umfrage sowohl in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten als auch in den nicht kontrollierten Gebieten durchgeführt. Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2013, in allen Regionen außer Krim) vom 14. bis 24. Februar 2015, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=510&page=6>>

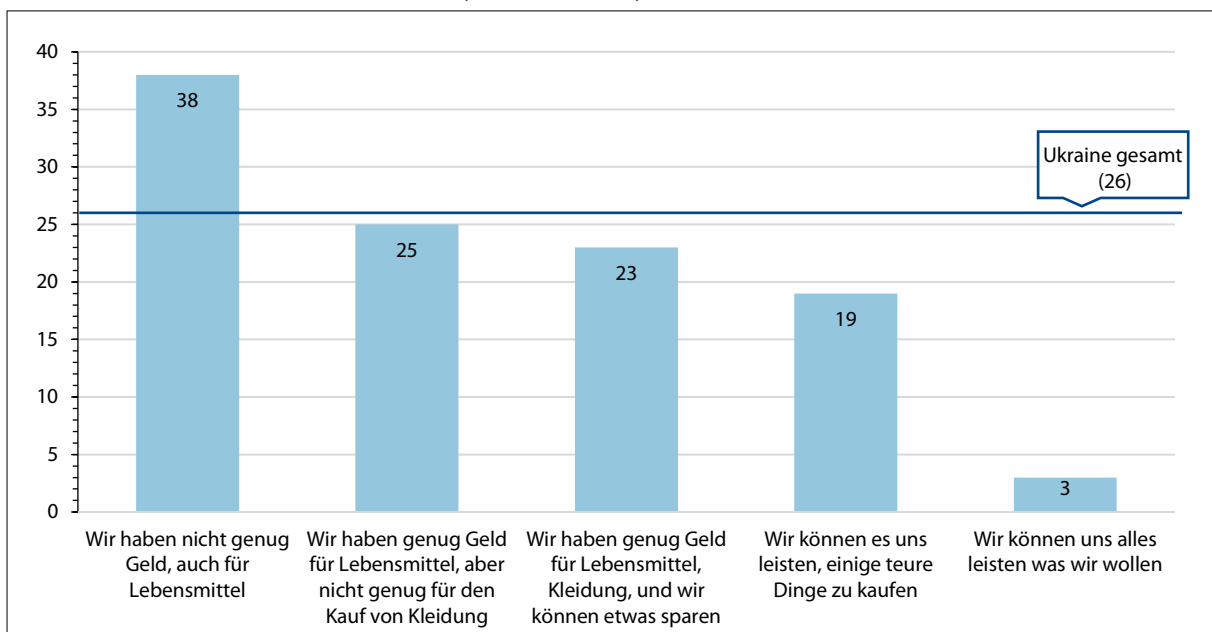
Grafik 5: Index der Wirksamkeit der russischen Propaganda in der Ukraine nach Nationalität-Zugehörigkeitsgefühl (Februar 2015)



Anmerkung: Im Donbass wurde die Umfrage sowohl in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten als auch in den nicht kontrollierten Gebieten durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2013, in allen Regionen außer Krim) vom 14. bis 24. Februar 2015, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=510&page=6>>

Grafik 6: Index der Wirksamkeit der russischen Propaganda in der Ukraine nach finanzieller Situation in der Familie (Februar 2015)



Anmerkung: Im Donbass wurde die Umfrage sowohl in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten als auch in den nicht kontrollierten Gebieten durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2013, in allen Regionen außer Krim) vom 14. bis 24. Februar 2015, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=510&page=6>>

Stellungnahme des OSZE Büros für Medienfreiheit zum Entwurf eines Informationssicherheits-Konzepts der Ukraine (Auszüge)

Legal Analysis of the Draft Information Security Concept of Ukraine (July 2015)

I. Summary

The aim of the Information Security Concept (the Concept) is to create preconditions for developing Ukraine's information potential to ensure growth and avoid negative external influences. For this purpose measures are suggested that involve different stakeholders. The Concept is unsurprisingly influenced by what is recognized in the national law as the war and the external aggression and it appears as if the main aim is to prevent propaganda targeted at the country from abroad. Although the desire to take action against propaganda is well understood and legitimate, the adoption and implementation of new rules is nevertheless problematic. This is due to the difficulty in defining propaganda and the risk with setting out limitations on content in law or regulation, rather than assessing it ad hoc based on general rules (like prohibition of incitement). Consequently the report highlights a number of problems with the Concept, where its content could lead to undue limitations on freedom of expression. Furthermore, the legal nature of the Concept and its relationship with law and regulation is unclear.

The Concept is evaluated based on international standards and OSCE commitments. Freedom of expression is not an absolute right, but limitations must be carefully made given the importance of the right—not just as a basic right but also as a prerequisite for exercising other human rights and fundamental freedoms. Proportionality and necessity of any limitations to free speech are essential.

In the article by article analysis concerns are pointed out and explained in detail. Several terms are potentially ambiguous and not suitable in a normative document. The fact that the nature of the document is not clear adds to the possible complications. In some definitions, the aim of the Concept to protect Ukrainian interests has led to definitions that are not neutral (like information sovereignty or information aggression). In the list of fundamental principles, rule of law and protection of human rights and freedoms are prominent. This is important, as these principles should play an important role for interpretation of the Concept. Having this in mind means that the possible restrictions set out elsewhere must be seen through the prism of freedom of expression and thus not be disproportional. Even so, it is not good to build in complicated interpretation issues in the legal text and potentially ambiguous terms should be avoided. This includes how the following is set out: protection of information sovereignty, national sovereignty, constitutional order and territorial integrity of Ukraine; construction of Ukrainian identity in the information space, such identity being an integral part of politico-social discourse; and promoting development of the content in the information space to safeguard and protect universal human values, as well as intellectual, spiritual and cultural potential of Ukrainian people. The content of the principles is legitimate but their strong emphasis on national identity indicate that they may be interpreted to limit foreign content or foreign or minority subjects in Ukrainian media as well as to prescribe a certain interpretation of what is Ukrainian identity. Provisions banning discrediting authorities are worrying as this could have a chilling effect and restrict the possibility of media to exercise its watchdog role.

The only way to maintain real freedom of expression is to stay on the moral high-ground of not doing the same as those one wants to oppose. By setting out to defend Ukrainian interests there is a danger that legitimate discussions in media (for example about what Ukrainian identity is), pluralistic Ukrainian voices (including those of national minorities) and relevant international content are blocked. Creating media content should not be a state task. A pluralistic and free media market shall cater for content, with public service media complementing private media and in addition access to international media. Even in times of crisis, proportionality and necessity of restrictions to freedom of expression are essential. There is an impression that the legislator wants to provide the courts and other implementing authorities with a tool to defend limitations. To avoid such a perception it is recommended not to introduce new provisions. Existing human rights and freedoms allow for some limitations and it is better to emphasize the proper and proportional application of these.

The National Security and Defence Council has a major role and wide mandate, including drafting law and exercising control over other organs. It is not clear how this relates to the role of other existing authorities. The provisions on non-governmental monitoring and public-private partnership for implementation, including special expert councils, are unclear on how the real independence of the bodies is to be ensured.

Quelle: Office of the OSCE Representative on Freedom of the Media, <<http://www.osce.org/fom/173776?download=true>>

Die Internationale Journalisten-Föderation zur Festnahme von Maria Warfolomejewa

Ukraine—One year in jail. Free journalist Maria Varfolomeyeva (20.01.2016)

Ukrainian journalist Maria Varfolomeyeva has been held under arbitrary detention since 9 January 2015 in Luhansk city by the authorities of the self-proclaimed Luhansk People's Republic (LPR). The journalist has been accused of spying for the Ukrainian nationalist movement (Right Sector) and threatened with a 15-year jail sentence, media reported. The International and European Federations of Journalists, representing around 600,000 journalists in the world, have backed their Ukrainian affiliates in condemning such an unlawful detention and urge for her immediate release.

According to reports, Varfolomeyeva, working for local news website Svobodny Reporter and as a fixer for various national media, was taking photos of an apartment block in Luhansk on 9 January 2015 when she was detained by representatives of the LPR and later threatened with a 15-year jail sentence.

"It is absolutely unlawful for a party to a conflict to keep captive a journalist reporting the war," said the IFJ President, Jim Boumelha. "This seems a clear attempt to intimidate journalists who are just trying to cover the conflict by accusing them of spying. We urge the international authorities to call on the self-proclaimed LPR's representatives to immediately release her."

EFJ President Mogens Blicher Bjerregård said that, "Intimidation and detention of journalists in Eastern Ukraine are not acceptable. The EFJ considers unacceptable the obstruction of journalists carrying out their professional duties. We call for an immediate release of all detained media workers in the region."

IFJ and EFJ affiliates, the National Union of Journalists of Ukraine (NUJU), the Independent Media Trade Union of Ukraine (IMTUU) and the Russian Union of Journalists (RUJ), had previously denounced the case and asked the LPR to respect the Protocol 1, article 79 of the Geneva Convention, saying that journalists are not part of the armed forces in a conflict and that they must be protected as civilians.

"Detaining and holding journalists captive are unacceptable actions that violate the Geneva Conventions. Such actions may be held criminally accountable," alerted the IMTUU President, Yuriy Lukanov, who described Varfolomeyeva's jail sentence as "ridiculous". Sergiy Tomilenko, Acting Chairman of NUJU, called on all parties of the conflict not to treat journalists as soldiers. "They do not fight, but gather information for their audience so it can understand what is going on. This arrest is unacceptable."

Both Federations will submit this case to the Council of Europe's platform to promote the protection of journalism and safety of journalists. Since its creation in April 2015, 118 alerts of media violations have been submitted to the platform, 105 of them by the IFJ and the EFJ.

Quelle: the International Federation of Journalists, <<http://www.ifj.org/nc/news-single-view/backpid/1/article/ukraine-one-year-in-jail-free-journalist-maria-varfolomeyeva/>>

Micheil Saakaschwili – »Reformator« oder »Scharlatan«?

Von Oleg Friesen, München

Zusammenfassung:

Seit Mai 2015 ist der frühere georgische Präsident Micheil Saakaschwili Gouverneur der Region Odessa. Sofort nach seinem Amtsantritt sahen sich die Odessiter einem neuen Politikstil gegenüber. Der neue Gouverneur will bürgernah sein und außerdem am Beispiel der Region zeigen, dass Reformen in der Ukraine Erfolg haben können. Sein Reformeifer brachte Saakaschwili die Bewunderung vieler Ukrainer ein. Doch sein Handeln wird auch hinterfragt, denn ausgerechnet in seinem Heimatland Georgien ist seine Person zutiefst umstritten.

Einleitung

Spätestens seit dem Sieg des Maidan im Frühling 2014 errang ein Buch mit dem Namen »Warum Georgien es geschafft hat« große Popularität in der Ukraine. Das 2011 erschienene Werk der russischen Wirtschaftswissenschaftlerin Larissa Burlakowa sehen seitdem viele ukrainische Politiker und Experten als eine Anleitung für Reformen im eigenen Land. Burlakowa schreibt über die georgischen Reformen unter Präsident Micheil Saakaschwili (2004–2013). Ihr Fazit ist namensgebend für das Buch. Georgien ist nach Burlakowas Auffassung unter Saakaschwili zu einem Musterstaat geworden, der den ehemaligen Sowjetrepubliken vorgeführt hat, dass eine effektive Bekämpfung der Korruption, bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Liberalisierung und Privatisierung, möglich ist. Eine radikale Reform des Staatsapparats, der massiv verschlankt wurde, gab den Bürgern zudem Vertrauen in die Arbeit staatlicher Behörden und machte Georgien attraktiv für ausländische Investitionen. Dies sind nur die wichtigsten in Burlakowas Buch genannten Faktoren, die zu ihrer positiven Bewertung der Präsidentschaft Micheil Saakaschwilis geführt haben. Auch die ukrainischen Medien stellen Georgien unter der Präsidentschaft Saakaschwilis oft als Vorbild für die Ukraine dar. Seit Mai 2015 ist der georgische Ex-Präsident Gouverneur der Region Odessa und viele Bürger hegen die große Erwartung, dass er mit seinem Reformmodell auch in der Ukraine Erfolg haben wird.

Sofort nach seinem Amtsantritt in Odessa setzte sich Micheil Saakaschwili gekonnt in Szene und ließ sich bei Gesprächen mit Marktfrauen filmen oder dabei, wie er mit wenig Sicherheitspersonal durch die Stadt geht und sich die Sorgen der Bürger anhört. Vor laufenden Kameras entließ Saakaschwili hohe Beamte wegen Korruption und Vetternwirtschaft. Die Kameraleute folgten ihm auch, wenn er die von ihm in seiner Region begonnenen Großprojekte besuchte, wie den sich im Bau befindlichen neuen Flughafen, neue Schnellstraßen und schließlich den Hafen von Odessa, den er modernisieren will. Die Dynamik, die der neue Gouverneur bisher bei der Ausführung seiner Reformpläne zeigte,

sowie erste sichtbare Erfolge, haben ihn mittlerweile zu einem der populärsten Politiker der Ukraine gemacht. Seine Medienpräsenz wird dazu beigetragen haben. Saakaschwili beschränkt sich zudem thematisch nicht nur auf die Region Odessa, sondern kommentiert gesamtukrainische Themen. Viele Ukrainer sehen in ihm eine positive Alternative zum jetzigen ukrainischen Premierminister Arsenij Jazenjuk, der im letzten Jahr stark an Popularität einbüßen musste. Mittlerweile erreichen den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko Petitionen für die Ernennung Saakaschwilis zum Premierminister der Ukraine.

Micheil Saakaschwili hat bei all seiner jetzigen Popularität jedoch auch Kritiker. Aufsehen erregte eine Sitzung des ukrainischen Reformrates im Dezember 2015, in der Innenminister Arsen Awakow Saakaschwili mit einem Glas bewarf, nachdem dieser ihm Diebstahl von Staatsgeldern vorgeworfen hatte. Premierminister Jazenjuk, der sich ebenfalls den Vorwurf der Korruption gefallen lassen musste, bezeichnete den georgischen Ex-Präsidenten öffentlich als »Scharlatan«, der nur in der Ukraine tätig sei, weil er sich in Georgien nicht mehr blicken lassen könne. Jazenjuks Anschuldigung gegen Saakaschwili traf jedoch einen wunden Punkt: Ein Großteil der Einwohner Georgiens bewertet ihren Ex-Präsidenten heute negativ. Zudem erhob die georgische Justiz nach seiner Abwahl im Jahr 2013 Anklage gegen Saakaschwili.

Das schwierige Pflaster Odessa

Die Frühlingsmonate 2014, unmittelbar nach der Revolution auf dem Maidan, waren von Machtlosigkeit der Kiewer Übergangsregierung unter Turtschinow gezeichnet. Diese musste tatenlos zusehen, wie russische Soldaten die Krim unter ihre Kontrolle brachten und ebenfalls aus der Russischen Föderation kommende bewaffnete Gruppierungen in den ostukrainischen Regionen Donezk und Luhansk einen Krieg entfachten. Unruhen gab es auch in anderen südlichen Regionen der Ukraine, wo besonders in den Städten viele Menschen russischsprachig sind. Der Brand im Gewerkschaftshaus von

Odessa am 2. Mai 2014, bei dem 46 Antimaidan-Aktivist*innen ums Leben kamen, ist der traurige Höhepunkt dieser Ereignisse. Auch, wenn nur eine kleine Minderheit der Odessiter sich pro-russisch positionierte, vergiftete diese Tragödie langfristig das Klima in der Stadt. Im Laufe des Jahres 2014 kam es wiederholt zu Bombenanschlägen in Odessa, in denen Kiew Versuche Russlands sah, die Region zu destabilisieren. Die Lage beruhigte sich bis zum Jahresbeginn 2015. Die Regierung in Kiew war daran interessiert, die Stabilität in Odessa nicht nur durch erhöhte Sicherheitsmaßnahmen zu garantieren, sondern durch eine erfolgreiche Politik prorussischer Stimmen vor Ort den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Micheil Saakaschwili war bereits im Februar 2015 von Präsident Petro Poroschenko als Präsidenschaftsberater in Reformfragen in die Ukraine geholt worden. Er sprach auf Konferenzen, hielt Vorträge und war immer wieder im Gespräch für hohe Posten in der ukrainischen Politik. So war Saakaschwili im März 2015 der vom Präsidenten favorisierte Kandidat für den Posten des Leiters des nationalen Antikorruptionsbüros, der neu geschaffenen obersten staatlichen Behörde im Kampf gegen die Korruption in der Ukraine. Seine Ernennung scheiterte jedoch am Widerstand zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in den ukrainischen Reformprozess mit einbezogen sind. Die NGOs befürchteten eine zu große Einflussnahme des Präsidenten auf das Antikorruptionsbüro. Im April desselben Jahres lehnte Saakaschwili das Angebot ab, Vize-Premierminister der Ukraine zu werden, da er zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf seine georgische Staatsangehörigkeit verzichten wollte und das ukrainische Recht keine doppelte Staatsbürgerschaft zulässt.

Die Ernennung von Micheil Saakaschwili zum Gouverneur von Odessa stieß in der politischen Landschaft des Landes auf Beifall, aber auch auf parteienübergreifende Kritik. Politiker wie der Vorsitzende der »Radikalen Partei« Oleh Ljaschko, oder »Batkiwschyna«-Vorsitzende Julia Timoschenko, kritisierten die Berufung eines weiteren Ausländers auf einen Führungsposten in der Ukraine. Der durch seine populistischen Aussagen bekannte Ljaschko wetterte damals, der Präsident würde den Ukrainern somit vorführen, dass er das ukrainische Volk für unfähig halte, sich selbst zu regieren. Damit spielte er auf die drei ukrainischen Minister im Kabinett Jazenjuk an, die aus dem Ausland kamen und erst kurz vor ihrer Ernennung eingebürgert wurden. Präsident Poroschenko hielt dem jedoch entgegen, dass nur eine Person, die nicht in die lokale korrupte Vernetzung verstrickt ist und von außen kommt, die Region Odessa unbefangener reformieren könnte. Durch seine Tätigkeit als Präsident Georgiens, dessen Amtszeit vor allem in Westeuropa und den USA positiv bewert

et wird, solle die Region auch von den internationalen Kontakten Saakaschwilis zu Investoren profitieren.

Für Micheil Saakaschwili ist die Ukraine zudem kein fremdes Land. 1992 beendete er sein Studium am Institut für Internationale Beziehungen der Nationalen Taras Schewtschenko Universität Kiew. Seinen Wehrdienst bei den sowjetischen Grenztruppen leistete Saakaschwili ebenfalls auf dem Gebiet der Ukrainischen Sowjetrepublik ab. Der spätere Präsident Georgiens hat während seiner Zeit in Kiew auch die ukrainische Sprache erlernt, spricht jedoch fließender und auch häufiger russisch. Zu Odessa hat Saakaschwili eigenen Aussagen nach einen besonderen emotionalen Bezug. Aufgrund der Lage Odessas am Schwarzen Meer besteht eine Nähe zu seiner Heimat Georgien. Zudem wohnen in der Millionenstadt Odessa viele Bürger georgischer Herkunft.

Die Reformprojekte Micheil Saakaschwilis in Odessa

Micheil Saakaschwili kündigte nach seiner Ernennung zum Gouverneur von Odessa im Mai 2015 eine Reihe von Reformen an. Es folgt eine Auswahl seiner wichtigsten Projekte:

Zu den Plänen Micheil Saakaschwilis in der Region Odessa zählt eine Reihe von Bauprojekten zur Verbesserung der Infrastruktur:

Der **Internationale Flughafen Odessa** wird bereits seit dem Jahr 2012 modernisiert und vergrößert. Micheil Saakaschwili setzte das Jahr 2016 als Datum der Inbetriebnahme des sich aktuell im Bau befindlichen neuen Terminals fest. Für die fristgerechte Fertigstellung engagierte der Gouverneur türkische Unternehmen, die während der Zeit seiner Präsidentschaft in Georgien bereits den Flughafen Batumi gebaut hatten. Ferner erklärte Saakaschwili den Flughafen Odessa für offen, denn bisher war die ukrainische Luftfahrt durch das Monopol der Ukrainian International Airlines geprägt, die dem Oligarchen Kolomojskyi gehört. Saakaschwili kündigte an, dieses Monopol zu brechen und durch Verhandlungen mit Fluggesellschaften wie WizzAir günstige Flugverbindungen von und nach Odessa zu schaffen.

Ein von Saakaschwili auf den Weg gebrachtes Projekt ist die Errichtung von modernen hochtechnisierten **Grenzübergängen** zur Republik Moldau und nach Rumänien. Checkpoints derselben Bauweise wurden während der Präsidentschaft Saakaschwilis in Georgien errichtet und sollen seiner Aussage nach Korruption an den Grenzübergängen unmöglich machen. Außerdem soll eine schnellere Abfertigung Wartezeiten für Reisende verkürzen. Ferner sollen sichere Grenzübergänge an der Grenze zur Republik Moldau eventuelle Gefahren bannen, die aus dem unter russischem Einfluss ste

henden Transnistrien kommen könnten. Prorussische Aktivisten aus Transnistrien werden zu den Organisatoren der Unruhen in Odessa 2014 gezählt. Außerdem sind in der abtrünnigen Republik Transnistrien, die 1992 mit Hilfe der russischen Armee völkerrechtswidrig von der Republik Moldau abgespalten wurde, noch immer russische Truppen stationiert.

Odessa ist der größte **Hafen** der Ukraine sowie einer der größten am Schwarzen Meer. Seit den 1990er Jahren hat der Hafen den Ruf, das maritime Zentrum des Schmuggels in den postsowjetischen Staaten zu sein. Saakaschwili erklärte es zu einer Hauptaufgabe, den Hafen zu modernisieren und den organisierten Schmuggel zu bekämpfen. Neue Techniken sollen die Abfertigung von Containern durch den ukrainischen Zoll sicherer, aber auch unkomplizierter machen. Der Zoll soll gänzlich einer neuen Hauptzollbehörde unterstellt werden. Kritiker bemängeln, dass diese neue Behörde unter Kontrolle Saakaschwilis stehen wird.

Zu weiteren Infrastrukturprojekten zählen die **Schnellstraßen** nach Kiew oder an die rumänische Grenze, für die Saakaschwili im Sommer 2015 die ersten Spatenstiche machte.

Als vorbildlich für die Ukraine gelten die Reformen Saakaschwilis im Verwaltungsapparat:

Saakaschwilis Instrument im Kampf gegen die Korruption in der Region Odessa wurde im Juni 2015 das **Antikorruptionsbüro**. Offiziell untersteht diese Behörde dem nationalen Antikorruptionsbüro in Kiew, ist in diesem Fall aber Saakaschwili Rechenschaft schuldig.

Die Ukraine reformiert derzeit die **Polizei**. Für die Durchführung sind die einzelnen Regionen verantwortlich. Während in den anderen Regionen des Landes die Polizeibehörden dem Innenministerium unterstehen, gab Präsident Poroschenko der Polizei in der Region Odessa einen Sonderstatus und machte Giorgi Lotkipanidze, den ehemaligen georgischen Innenminister der Regierung Saakaschwili, zum Chef der lokalen Polizeibehörde. Unter seiner Aufsicht mussten sich die Beamten der alten Milizija einem harten Auswahlverfahren unterziehen, welches die meisten von ihnen nicht bestanden. Die Beamten, die in der neuen Polizei ihren Dienst fortsetzen dürfen, folgen einem strengen Dienstreglement, erhalten aber auch deutlich mehr Lohn.

Am 16. Oktober 2015 eröffnete Präsident Petro Poroschenko das neue »**Administrative Dienstleistungszentrum**« für Bürger in Odessa. Diese moderne Form einer Verwaltungsbehörde soll die administrativen Anliegen der Bürger schnell und unkompliziert bedienen und zudem immun gegen Schmiergeldzahlungen sein. So soll es den postsowjetischen »OWIR« ersetzen, der als Inbegriff ineffektiver Bürokratie gilt.

Saakaschwili zwischen Popularität und Misstrauen

Laut Svetlana Norets, Odessiterin und Aktivistin der »Europäischen Jugend der Ukraine«, ist Saakaschwili bei den meisten Bewohnern der Region Odessa populär. Auch wenn viele seiner Gesten für die Kamera inszeniert sind, hat Saakaschwili das Image, Probleme anzupacken. Viele Bürger finden es auch gut, dass Saakaschwili Experten von Außerhalb nach Odessa holt. Jüngst ernannte er Maria Gajdar, die Tochter des verstorbenen liberalen russischen Reformators Jegor Gajdar, zur regionalen Beauftragten für soziale Fragen.

Ein seiner Popularität widersprechender Rückschlag für Saakaschwili waren die ukrainischen Lokalwahlen im Oktober 2015 (s. [Ukraine-Analysen 159](#)). Sein Kandidat Oleksandr Borowyk verlor die Wahl zum Bürgermeister von Odessa. Svetlana Norets erklärt die Niederlage damit, dass Saakaschwili im Wahlkampf sehr auf sich selbst fixiert war, obwohl er als Gouverneur der Region ganz andere Kompetenzen hat, als der Bürgermeister, und die Kandidatur Borowyks auch viel zu spät bekanntgegeben hat. Die Wähler zogen es vor, für den Amtsinhaber zu stimmen, den sie bereits kannten. Nach der Wahlniederlage kündigten Saakaschwili und Borowyk an, gegen die Wahlergebnisse zu klagen, was vom Gericht jedoch abgewiesen wurde. Viele Odessiter befürchten zudem, dass Saakaschwili seine Position als Gouverneur dazu nutzt, eine Basis für höhere Posten in der ukrainischen Regierung zu schaffen. In diesen Kontext fallen seine Ankündigungen, eine neue Partei zu gründen.

Positiv bewerten Micheil Saakaschwili auch viele Aktivisten der ukrainischen Zivilgesellschaft in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. So auch Serhij Hula, der Gründer der »Bewegung Nein zu Schmiergeld«, welche gegen Korruption an der Basis kämpft. Für Hula stehen Saakaschwilis Reformen der Polizei und des Zolls in der Region Odessa im Fokus. Allerdings gesteht Hula ein, dass das Reformmodell Georgiens nicht auf die Ukraine übertragbar sei.

Die Ukraine hat 40 Millionen Einwohner, wenn man die Gebiete, über die Kiew derzeit keine Kontrolle hat (Krim und Teile des Donbass), außen vor lässt. Miriam Kosmehl, Projektleiterin der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kiew, findet die Ausgangslage in der Ukraine mit der des 3,7 Millionen-Einwohnerlandes Georgien unvergleichbar. Zur Popularität Saakaschwilis kommentiert Miriam Kosmehl, dass viele Ukrainer nur zu gerne glauben würden, dass endlich jemand gekommen sei, um für sie Ordnung im Land zu schaffen. Doch beobachten viele Ukrainer sein Handeln auch kritisch. Saakaschwili nennt Missstände der Regierung Jazenjuk beim Namen und ist deswegen bei

vielen Ukrainern populär, doch inwiefern seine Kritik selektiv oder populistisch ist, ist eine andere Frage. Eine Bewertung seiner Tätigkeit als Gouverneur von Odessa ist verfrüht, Saakaschwili muss sich erst noch zeigen, sagt Miriam Kosmehl. Viele Bürger misstrauen zudem Saakaschwilis Plänen, eine neue politische Partei in der Ukraine zu gründen.

Saakaschwilis Popularität in der Ukraine wird in Georgien nur schwer nachvollzogen. Dort haben viele Menschen noch die negativen Seiten seiner Präsidentschaft in Erinnerung. Die Expertin Kristina Arakelova aus Tbilissi sagt, dass viele georgische Beobachter davor warnen, Saakaschwilis Reformen in Georgien zu überschätzen. Ihrer Ansicht nach sind außer seiner Prestigeprojekte, wie der Reform der georgischen Polizei, viele Reformen nur angekündigt, doch nie umgesetzt worden. Zudem entwickelte der zu Beginn seiner Amtszeit sehr populäre Micheil Saakaschwili im Laufe seiner Regierung einen immer autoritäreren Führungsstil, bei dem er seine Opponenten verhöhnte oder beleidigte. Die Polizei schlug gegen die Regierung gerichtete Demonstrationen gewaltsam nieder. Die gewaltsame Auflösung einer Demonstration durch die Polizei auf dem Rustaweli-Boulevard in der georgischen Hauptstadt Tbilissi 2007 ist schließlich einer der Anklagepunkte, für die Saakaschwili von der georgischen Justiz gesucht wird. Es ist zudem bemerkenswert, dass dem Politiker, der den Kampf gegen Korruption zur Chefsache erklärt hat, in Georgien auch Veruntreuung von Staatsgeldern zu privaten Zwecken vorgeworfen wird. Diese Skandale trübten das Bild des Ex-Präsidenten in seiner Heimat, auch wenn die EU-Kommission die Anschuldigungen als politisch motiviert bezeichnete. Laut Kristina Arakelova werden manche von Saakaschwili begonnene Reformprojekte fortgeführt und auch die Nachfolgeregierung ist nach Westen orientiert. Doch aufgrund von Saakaschwilis Wesen, das von vielen Georgiern als autoritär und selbstherrlich empfunden wird, wird sein Name nicht mehr mit den Reformen in Verbindung gebracht, für die er die treibende Kraft war. Es wäre außerdem

falsch, die in Georgien von 2004–2013 durchgeführten Reformen nur auf die Person des damaligen Präsidenten zu projizieren. Bei der Rosenrevolution 2004 gewann die georgische Zivilgesellschaft. Diese bildete ein breites Parteienbündnis, welches sich schließlich aufgrund des Machtanspruches Saakaschwilis zerstritt.

Fazit

Micheil Saakaschwili ist die auffallendste Gestalt der heutigen politischen Bühne in der Ukraine. Vieles davon verdankt er seinem medienwirksam inszenierten dynamischen Auftreten. Der Sieg des Maidan im Frühling 2014 war ein Sieg der ukrainischen Zivilgesellschaft, welche demokratische Strukturen, eine Dezentralisierung der Staatsgewalt und Kontrollmechanismen etablieren wollte. Es ist wichtig, dass die ukrainische Zivilgesellschaft in ihrem gesunden Misstrauen gegenüber Politikern auch bei Saakaschwili keine Ausnahme macht und seine Tätigkeit in Odessa genau beobachtet, ohne sich durch seine anfänglichen Erfolge blenden zu lassen.

Für Saakaschwili selbst ist die Tätigkeit in der Ukraine eine Chance, um seinen guten Ruf wiederherzustellen und ein mögliches Comeback in die georgische Politik vorzubereiten. Auf Saakaschwilis Schultern lastet ein Erfolgsdruck, der auch als Chance für die Region Odessa gelten kann. Der Gouverneur von Odessa wird bemüht sein, seine Arbeit gut zu machen, da davon seine politische Zukunft abhängt. Seine Popularität und den Vertrauensvorschuss, den ihm viele Bürger der Ukraine gewähren, kann nur er selbst zunichtemachen.

In Georgien wird das Vermächtnis des Ex-Präsidenten nicht eindeutig bewertet. Zum erwähnten Buch von Larissa Burlakowa, »Warum Georgien es geschafft hat«, erschien 2012 jedenfalls ein Gegenwerk des russischen Zentralasienspezialisten Nikita Mendkowitsch mit dem Namen »Der Preis der Reformen: Warum Georgien es nicht geschafft hat«. Die jetzigen Reformen in Georgien geschehen unter den Zeichen des 2013 geschlossenen Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union

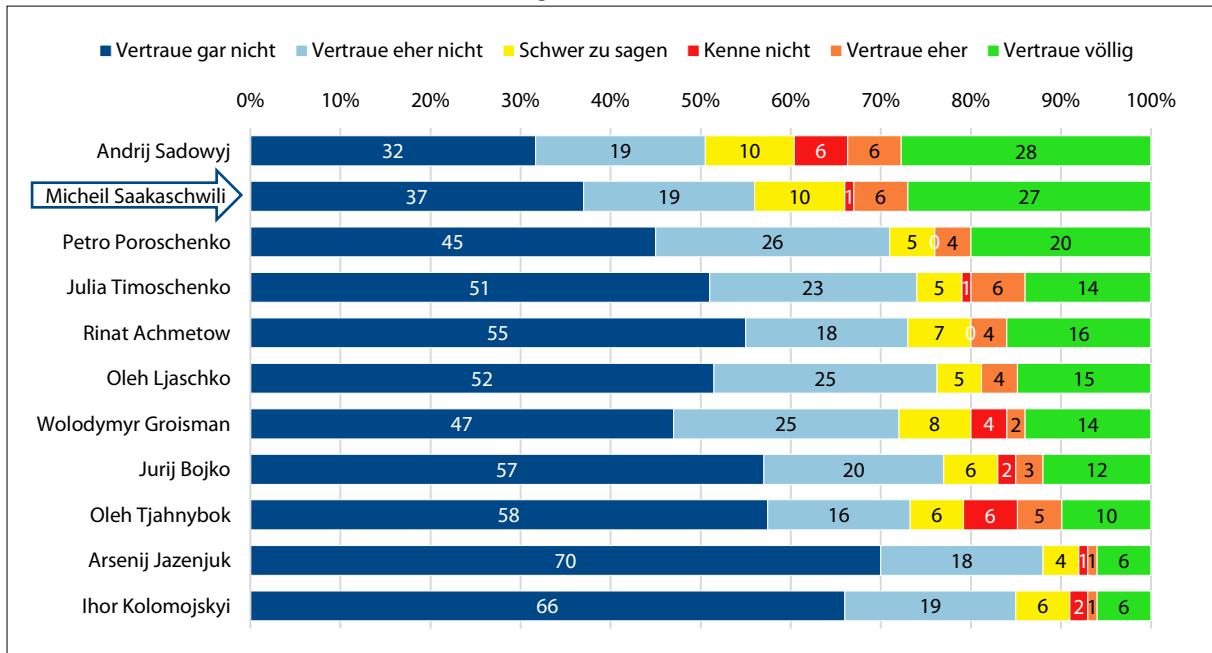
Über den Autor:

Oleg Friesen ist Masterstudent der Osteuropawissenschaften an der LMU München und war im Juni und Juli 2014 sowie von März bis Juni 2015 Praktikant im Auslandsbüro der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kiew. Ab März 2016 wird er Praktikant der Friedrich Naumann Stiftung in Tbilissi.

UMFRAGE

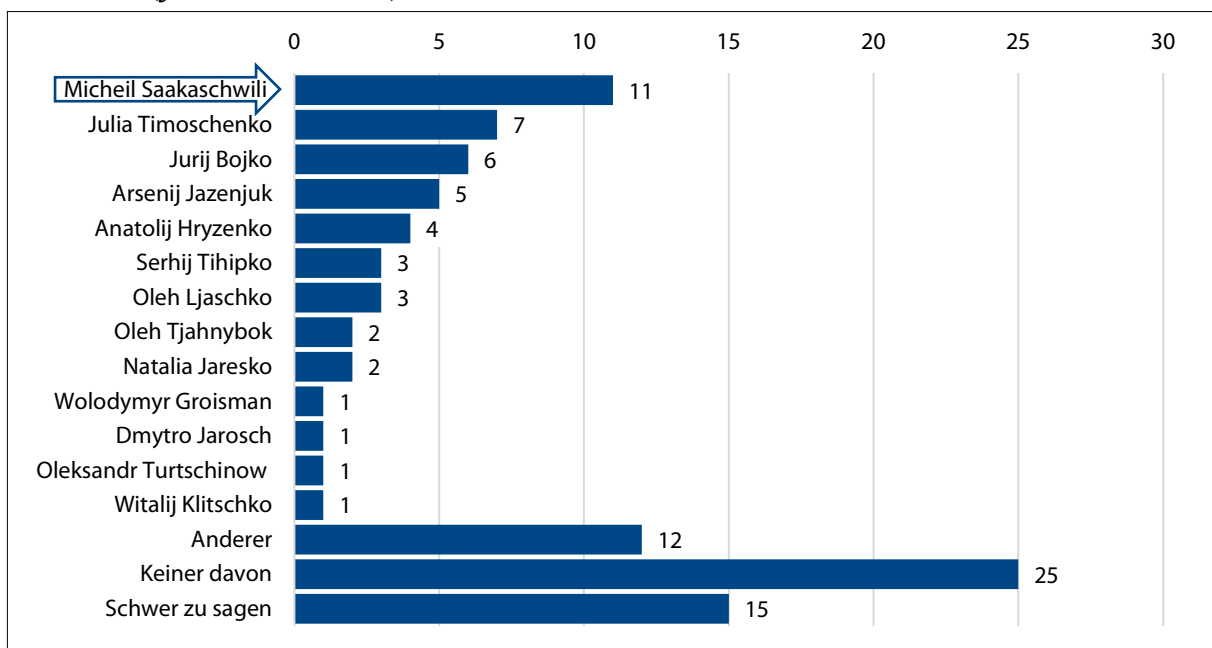
Die Popularitätswerte von Micheil Saakaschwili bei der ukrainischen Bevölkerung

Grafik 1: Inwieweit vertrauen Sie den folgenden Politikern? (Januar 2016)



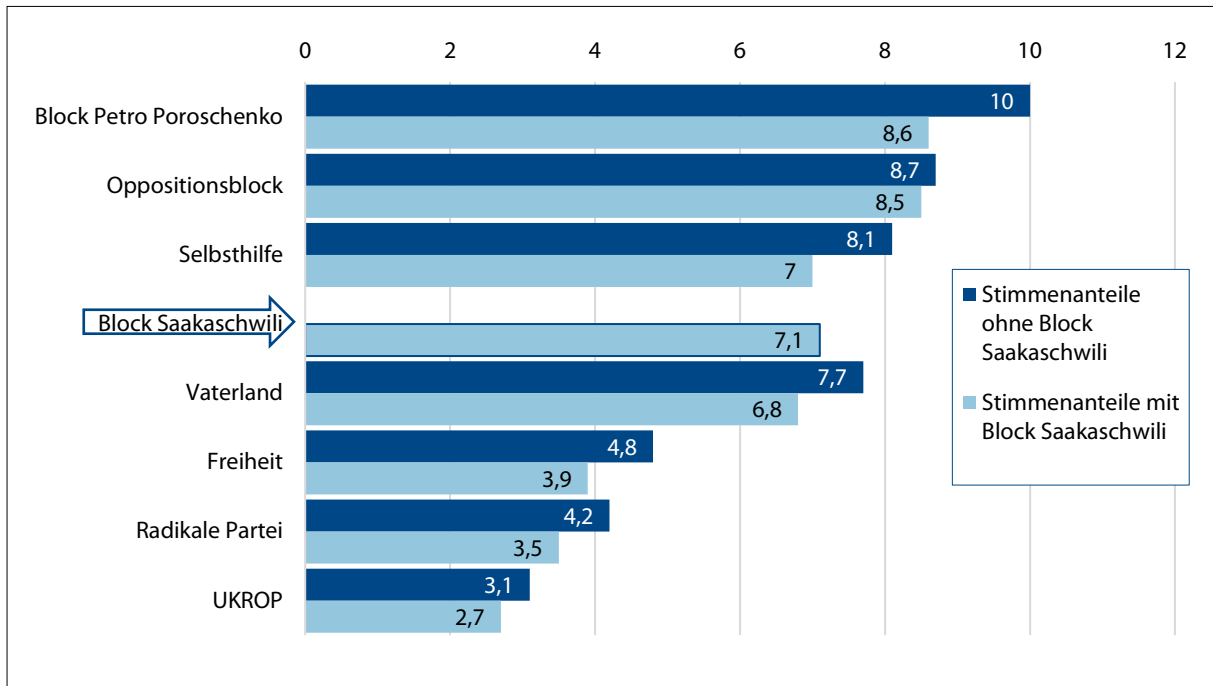
Quelle: Repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 14. bis 22. Januar 2016, <http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/elektoralnye_i_obschestvennye_nastroeniya_naseleniya.html>

Grafik 2: Welcher dieser Politiker sollte der Premierminister der Ukraine im Jahr 2016 werden? (Januar 2016, in %)



Quelle: Repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 14. bis 22. Januar 2016, <http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/elektoralnye_i_obschestvennye_nastroeniya_naseleniya.html>

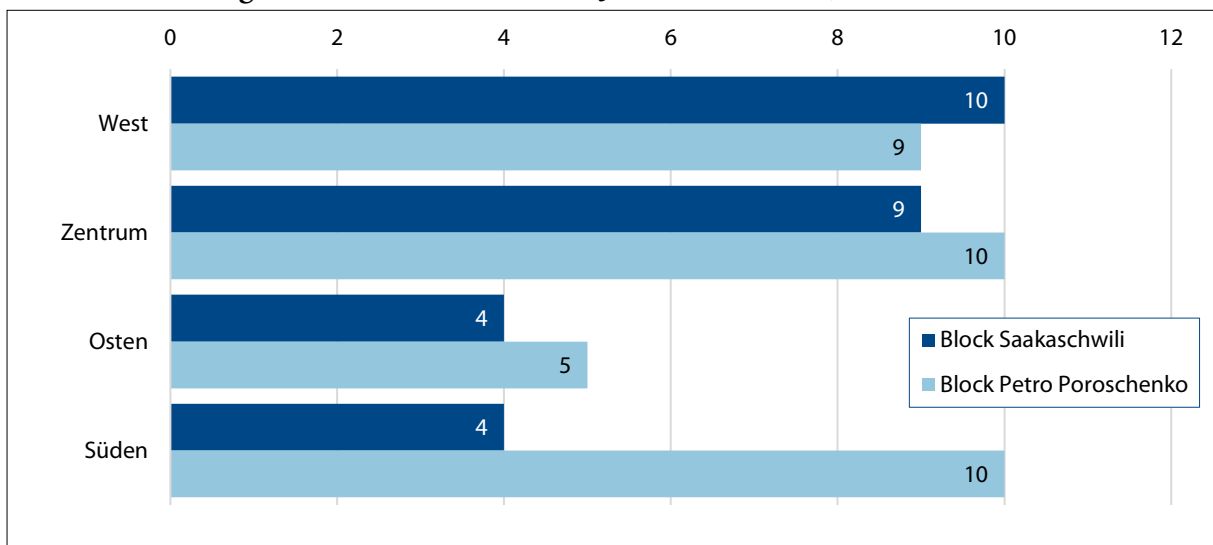
Grafik 3: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären? (Januar 2016, in %)



Anmerkung: Block Saakaschwili ist eine fiktive Partei

Quelle: Repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 14. bis 22. Januar 2016, <http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/elektoralnye_i_obschestvennye_nastroeniya_naseleniya.html>

Grafik 4: Unterstützung für ausgewählte Parteien in den Regionen, wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären (Januar 2016, in %)



Anmerkung: Block Saakaschwili ist eine fiktive Partei

Quelle: Repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 14. bis 22. Januar 2016, <http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/elektoralnye_i_obschestvennye_nastroeniya_naseleniya.html>

25. Januar – 7. Februar 2016

25.01.2016	Der Generalsekretär des Europarates, Thorbjörn Jagland, kündigt eine Mission auf die Krim zur Beobachtung der Menschenrechtslage an. Man werde sich von allen Themen fernhalten, die den territorialen Status der Halbinsel betreffen.
25.01.2016	Das höchste Verwaltungsgericht lehnt eine Beschwerde der Kommunistischen Partei der Ukraine gegen das Verbot ihrer Tätigkeit ab. Diese war zuvor auf Grundlage eines Gesetzes erfolgt, das die Propaganda von nazistischen und kommunistischen Regimen sowie ihre Symbolik verbietet.
26.01.2016	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, erklärt, man werde die Ergebnisse der Wahlen vom 2. November 2014 nicht zurücknehmen. Diese Wahlen hatten gängigen demokratischen Standards nicht entsprochen und hatten zudem das erste Minsker Protokoll verletzt, da dies Wahlen nur auf Grundlage eines zuvor von der Ukraine verabschiedeten Gesetzes vorsah. Die Ukraine fordert ihre Annullierung. Sachartschenko beruft sich auf das zweite Protokoll von Minsk, das einen solchen Schritt nicht vorsieht.
26.01.2016	Oleh Beresjuk, Fraktionschef der Partei Selbsthilfe, fordert eine Umbildung der Regierung. Die Partei ist Mitglied der Regierungskoalition, war aber in der Vergangenheit immer wieder in Streit mit ihren Koalitionspartnern geraten.
26.01.2016	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erteilt Gesprächen über die Zukunft der Krim eine Absage. Russland habe »nichts zurückzugeben«, daher könne darüber auch nicht gesprochen werden.
26.01.2016	Parlamentssprecher Wolodymyr Hrojsman unterzeichnet das Gesetz zur Durchführung von Neuwahlen des Bürgermeisters in Krywyj Rih am 27. März 2016. Dort hatte der Kandidat des Oppositionsblocks mit 752 Stimmen Vorsprung die Wahlen gewonnen. Die Partei Selbsthilfe, deren Kandidat unterlegen war, hatte Fälschungen beklagt. Die Unterzeichnung durch den Parlamentssprecher hatte sich verzögert, weil der Oppositionsblock eine Verordnung eingebracht hatte, die das Gesetz stoppen sollte. Diese wurde abgelehnt.
27.01.2016	Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch beschuldigt beide Seiten des Konflikts im Donbass, Gefangene zu foltern. Beide Seiten hielten sich nicht an Konventionen der Kriegsführung, indem sie Zufallsattacken durchführten und Streumunition einsetzten, wodurch Zivilisten getötet und verletzt worden seien.
27.01.2016	Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch stellt ihren Jahresbericht zur Situation auf der Krim vor. Diejenigen Krimtataren, die ihre ukrainische Staatsbürgerschaft behalten haben, hätten erschwerten Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialer Unterstützung. Die russischen Behörden würden außerdem Entführungen von krimtatarischen und ukrainischen Aktivisten nur unzureichend verfolgen.
28.01.2016	Die Nationalbank korrigiert die Erwartung für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 nach unten. Hatte die Prognose zuvor bei 2,4 % Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gelegen, erwartet die Bank nun noch ein Plus von 1,1 %.
28.01.2016	Die Partei Selbsthilfe beruft ihren Minister Aleksej Pawlenko, der das Ressort für Agrarindustrie leitet, aus der Regierung ab. Das Leitungsgremium hatte diese Maßnahme bereits am 22. Januar 2016 beschlossen. Der Fraktionsvorsitzende Oleh Beresjuk hatte den Schritt damit begründet, dass Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk durch eigene Personalentscheidungen für das Ministerium die Arbeit des Ministers erschwere.
28.01.2016	Der Abgeordnete Wiktor Tschumak tritt aus der Fraktion des Blocks Petro Poroschenko – Solidarität aus. Einigen Quellen zufolge kündigt er auch seine Mitgliedschaft in der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention auf.
29.01.2016	Der staatliche Statistikdienst teilt mit, dass im Jahr 2015 das durchschnittliche Realeinkommen um 10 % zurückgegangen sei.
29.01.2016	Präsident Petro Poroschenko ruft die Regierungskoalition und auch die Opposition und außerparlamentarische Kräfte zu Geschlossenheit auf. In den 1920er Jahre habe fehlende innere Einheit dazu geführt, dass die Ukraine angesichts einer Aggression aus Moskau ihre Unabhängigkeit verlor. Dieser Fehler dürfe nicht wiederholt werden.
29.01.2016	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission, Alexander Hug, beklagt, dass die Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« den Beobachtern häufig den Zugang zur Grenzregion zu Russland verweigerten.
30.01.2016	Verteidigungsminister Stepan Poltorak kündigt an, die Verpflegung der Soldaten im Einsatz zu verbessern. Dazu würden Arbeitsgruppen eingerichtet, die die Situation auf dem Gebiet der »Anti-Terror-Operation« analysieren und Vorschläge zur Verbesserung unterbreiten sollen.
30.01.2016	Marina Tscherenkowa, Aktivistin der Donezker Gruppe »Verantwortliche Bürger«, wird im separatistisch kontrollierten Donezk verhaftet. Die Gruppe hatte sich im Sommer 2014 gegründet, um Menschen zu unterstützen, die von den Kriegshandlungen besonders betroffen waren. Die Organisation ist politisch neutral.
30.01.2016	Per Erlass entlässt Präsident Petro Poroschenko 86 Richter aufgrund von Verletzungen ihres Eides, 83 davon auf der Krim.
31.01.2016	Innenminister Arsen Awakow teilt mit, dass in der westukrainischen Stadt Iwano-Frankiwsk eine neue Polizeieinheit ihren Dienst antritt. Die Polizei war runderneuert worden, nun nehmen die neuen Einheiten nach und nach ihre Arbeit auf.

31.01.2016	Entlang der Frontlinie kommt es weiterhin zu Gefechten. Die ukrainische Armee meldet einen toten Soldaten.
31.01.2016	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk kündigt eine Erhöhung der Gehälter für Grenzschutzbeamte und Soldaten an, die an der »Anti-Terror-Operation« im Donbass teilnehmen.
01.02.2016	Eine Abgeordnete der Partei Selbsthilfe, droht mit dem Austritt der Fraktion aus der Regierungskoalition, falls die Regierung nicht vollkommen umgebildet werde. Man erwarte auch die Absetzung des Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk.
01.02.2016	Zahlreiche Eigner von Großkonzernen und mittelständischen Unternehmen veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich dazu verpflichten, Steuern gesetzeskonform zu zahlen, Arbeitsplätze zu schaffen und ihr Kapital im Inland zu investieren. Unter den Unterzeichnern sind auch sogenannte »Oligarchen« wie der Unternehmer und ehemalige Gouverneur Serhij Taruta und der Unternehmer Wiktor Pintschuk.
02.02.2016	Einige Abgeordnete rufen ihre Kollegen im Parlament dazu auf, die Abstimmung im Namen nicht Anwesender zu unterlassen. Der Abgeordnete Wiktor Tschumak erinnert daran, dass eine Kampagne unter dem Slogan »Ich stimme persönlich ab« vor drei Jahren die damaligen Oppositionsfraktionen vereinigt habe. Die Praxis, das elektronische Abstimmungssystem zu missbrauchen und im Namen anderer abzustimmen, hat sich seitdem wieder etabliert.
02.02.2016	Die Beauftragte des Präsidenten für die friedliche Lösung des Konflikts im Donbass, Iryna Heraschtschenko, erklärt, die ukrainische Seite sei bereit zu einem Kompromiss in Bezug auf den geplanten Gefangenen austausch. Sie fordert, zunächst die 25 ukrainischen Gefangenen auszutauschen, deren Gesundheit akut gefährdet ist.
02.02.2016	Der Stab der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee beschuldigt die OSZE-Beobachtermission, nicht auf Meldungen der ukrainischen Seite über Angriffe der separatistischen Truppen zu reagieren. So mache sich die OSZE mitschuldig an einer Eskalation des Konflikts.
02.02.2016	Das Parlament stimmt in erster Lesung für die Verfassungsänderungen, die zuvor vom Verfassungsgericht als verfassungskonform bestätigt worden waren. Die Änderungen sehen u. a. eine Einschränkung der richterlichen Immunität vor, um Korruptionsdelikte besser verfolgen zu können. Präsident Petro Poroschenko nennt die Abstimmung »historisch«.
02.02.2016	Der Abgeordnete der Partei Bündnis 90/Die Grünen, der sich mit einer Delegation des Bundestages in Kiew aufhält, ruft die ukrainische Politik dazu auf, per Verfassungsänderung eine Wahl in den separatistisch kontrollierten Gebieten zu ermöglichen. Die Ukraine müsse zeigen, dass sie selbst die Vereinbarungen von Minsk erfülle. Die Vereinbarungen sehen vor, dass das ukrainische Parlament eine gesetzliche Basis für Wahlen in den Separatistengebieten schafft.
03.02.2016	Die OSZE-Beobachtermission bestätigt, dass die Ortschaft Sajzewe im Gebiet Donezk, die von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird, durch Waffen beschossen wurde, die nach den Minsker Vereinbarungen aus dem Gebiet hätten abgezogen werden müssen.
03.02.2016	Der Minister für Wirtschaftliche Entwicklung, Ajwaras Abromawitschus, reicht sein Rücktrittsgesuch ein. Er begründet den Schritt damit, dass seine Arbeit konstant behindert worden sei. Namentlich beschuldigt er Ihor Kononenko, den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden des Blocks Petro Poroschenko. Dieser habe durch von ihm kontrollierte Abgeordnete Einfluss auf mehrere staatliche Unternehmen genommen. Außerdem sei Abromawitschus ein stellvertretender Minister aufgezwungen worden, der die Arbeit des Ministers im Sinne Kononenkos zu beeinflussen versuche. Die Botschafter der USA, Kanadas und zahlreicher EU-Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, rufen die ukrainische Regierung in einem gemeinsamen offenen Brief dazu auf, ihre Streitigkeiten beizulegen, Eigeninteressen zurückzustellen und appellieren an Abromawitschus, im Amt zu bleiben. Er habe harte aber notwendige Reformen durchgesetzt, die Bekämpfung der Korruption vorgebracht und die ukrainische Wirtschaftspolitik mit den Forderungen des Internationalen Währungsfonds in Einklang gebracht. Auch Präsident Petro Poroschenko ruft den Minister dazu auf, Teil der Regierung zu bleiben.
03.02.2016	Das Nationale Antikorruptionsbüro nimmt Ermittlungen gegen Ihor Kononenko, den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden des Blocks Petro Poroschenko, auf. Die Behörde bezieht sich auf die Aussagen des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung Ajwaras Abromawitschus, der sein Rücktrittsgesuch u. a. mit Verweisen auf korrupte Praktiken Kononenkos begründet hatte.
03.02.2016	Nachdem Wirtschaftsminister Ajwaras Abromawitschus am Mittag seinen Rücktritt erklärt hatte, teilt auch Natalja Mykolska ihren Rücktritt mit. Sie war verantwortlich für die Verhandlungen zur Handelspolitik mit der EU.
04.02.2016	Präsident Petro Poroschenko lädt die Botschafter der G7-Staaten zu einem Beratungsgespräch ein. Thema ist die politische Krise im Land, im Zuge derer bereits mehrere Minister zurückgetreten sind und ein offener Konflikt zwischen verschiedenen an der Regierung beteiligten Gruppen ausgebrochen ist.
04.02.2016	Im Zuge der sogenannten »Entkommunisierung« benennt das Parlament über 100 Städte, Dörfer und Gemeinden um. Sie hatten zuvor Namen aus der sowjetischen Zeit getragen.

04.02.2016	Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, äußert Besorgnis in Bezug auf das Rücktrittsgesuch des als harter Reformers geltenden Wirtschaftsministers Ajwaras Abromawitschus vom 3. Februar 2016. Sollten seine Anschuldigungen zutreffen, so hieße das, dass die Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung in der Ukraine nicht fruchten. Abromawitschus hatte den Abgeordneten Ihor Kononenko beschuldigt, im Eigeninteresse Einfluss auf Staatsunternehmen zu nehmen und die Arbeit des Wirtschaftsministeriums zu behindern. Lagarde weist zudem darauf hin, dass die Ukraine noch erheblichen wirtschafts- und finanzpolitischen Reformbedarf habe.
04.02.2016	Nach einer außerordentlichen Kabinettsitzung ziehen vier Minister, die in den vergangenen Wochen ihren Rücktritt eingereicht hatten, ihre Gesuche zurück. Es sind Andrij Piwowarskij (Infrastruktur), Aleksandr Kwitaschwili (Gesundheit), Ihor Stez (Information) und Oleksij Pawlenko (Landwirtschaft). Sie alle erklären, sie seien bereit, weiterzuarbeiten, wenn gewisse Bedingungen erfüllt würden, u. a. ein ernsthafter Dialog mit der Bevölkerung und die strenge Durchführung der begonnenen Reformen. Der Fraktionschef der Partei Selbsthilfe, Oleh Beresjuk, zeigt sich empört über die Entscheidung Pawlenkos, als Landwirtschaftsminister im Amt zu bleiben. Pawlenko repräsentiere nicht mehr die Partei Selbsthilfe, so Beresjuk. Die Partei hatte ihren Minister aus Protest gegen die angebliche Korruption innerhalb der Regierung abberufen. Wirtschaftsminister Ajwaras Abromawitschus bleibt bei seiner Entscheidung vom Vortag, das Amt niederzulegen.
05.02.2016	Medienberichten zufolge erklären die Fraktionen der Parteien Selbsthilfe und Vaterland bei einem Treffen der Regierungskoalition, dass sie nicht bereit seien, weiter an einer Regierung mitzuarbeiten, der Arsenij Jazenjuk als Ministerpräsident vorsteht.
05.02.2016	Das Gesundheitsministerium veröffentlicht Zahlen zu einer um sich greifenden Grippeepidemie. 8 % der Bevölkerung seien seit September 2015 für eine Zeit erkrankt, bisher habe man 201 Todesfälle registriert.
06.02.2016	Medien berichten über eine Investitionsvereinbarung zwischen der Ukraine und Saudi-Arabien, die der ukrainische Botschafter bei einem Treffen mit Geschäftsleuten in Saudi-Arabien geschlossen habe. Die Vereinbarung, die in drei Jahren in Kraft treten solle, sehe ein Investitionsvolumen saudischer Firmen in der Ukraine in Höhe von insgesamt 10,5 Milliarden US-Dollar vor.
06.02.2016	Der in Russland wegen der Bildung einer terroristischen Vereinbarung zu 20 Jahren Lagerhaft verurteilte ukrainische Regisseur Oleg Senzow wird nach Irkutsk verlegt, um seine Strafe anzutreten. Der anarchistische Aktivist Oleksandr Koltschenko, der wegen der Teilnahme an einem terroristischen Akt zu zehn Jahren verurteilt wurde, wird nach Tscheljabinsk überstellt. Sie sollen ihre Taten auf der von Russland annektierten Krim verübt haben. Beide bestreiten ihre Schuld.
07.02.2016	Im Gebäude des Medschlis, der inoffiziellen Vertretung der Krimtataren im Gebiet Cherson, ereignet sich in der Nacht eine Explosion. Der Vorsitzende der allukrainischen Medschlis, Refat Tschubarow, erklärt, es habe sich vermutlich um eine Handgranate gehandelt. Es wird niemand verletzt, Ermittlungsarbeiten werden aufgenommen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php